

EU-Rahmenabkommen:
Was steht drin, was bringt
es der Schweiz?

Apocalypse Later:
Willkommen in der Geisterbahn
der Öko-Apokalyptik

Kafka in Hongkong:
Ohne zu wissen warum, wird
man eines Morgens verhaftet

schweizer monat

SEIT 1921

DIE AUTORENZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR



Ausgabe 1071
November 2019
CHF 22.- / Euro 19,-



Mehr Licht!

Wenn wir die Aufklärung nicht verteidigen, tut es niemand.

Mit Beiträgen von **Daniel Domscheit-Berg**, Timothy Snyder, Norbert Bolz, Cora Stephan u.a.

Editorial

«Oh, ihr freiheitsliebenden ‹linken› Denker! Oh, ihr linken Anhänger der Labour Party! Oh, ihr fortschrittlichen amerikanischen, deutschen und französischen Studenten! Euch genügt das alles noch nicht. Mein ganzes Buch wird an euch spurlos vorbeigehen. Ihr werdet erst dann begreifen, wenn ihr, ‹Hände auf den R-rücken!›, selbst durch das Tor unseres Archipels marschiert.»

Alexander Solschenizyn: *Der Archipel Gulag* (1978)



Ronnie Grob
Chefredaktor

Ein Leben in Wohlstand in einer freien Welt – etwas anderes haben die meisten jungen Menschen im Westen zeitlebens nicht erfahren. Sie können sich kaum mehr vorstellen, von einem Unrechtsstaat gegängelt zu werden, der persönlichen Handlungsfreiheit beraubt zu werden, keinen fairen Prozess zu erhalten, der Willkür eines Diktators ausgesetzt zu sein. Um voraufklärerische Zeiten selbst zu erleben, müssen sie schon reisen. Gewiss, es gibt auch Europäer, die von der Existenz einer UdSSR fasseln. Doch todbringende Zwangsarbeitslager, wie sie Solschenizyn in der UdSSR erlebt und beschrieben hat, finden sich in Europa nirgends.

Dafür verantwortlich ist auch der Siegeszug der Aufklärung. Er hat die Machthaber auf lange Frist dazu gezwungen, die Herrschaft des Volkes (Demokratie) zu akzeptieren und errungene Macht den in freien Wahlen und Abstimmungen zum Ausdruck gebrachten Volkssentscheiden unterzuordnen. Aktuell scheint es den Westlern fast undenkbar, als könnte sich das jemals wieder ändern. Doch aufgepasst, der Lauf der Geschichte wendet sich meist sehr überraschend. Den just dreissig Jahre zurückliegenden Fall des realsozialistischen Sowjetreiches und des Warschauer Militärpakts haben die wenigsten vorhergesehen. Und auch nicht die Friedlichkeit des Zusammenbruchs: Die Ostberliner sind einfach über die Grenze in den freien Westen gelaufen, weil sie an der Grenze niemand mehr aufhalten wollte. Man sei deshalb gewappnet für kommende Ereignisse. Freiheit kommt überraschend, sie geht aber auch überraschend. Man frage etwa die Frauen im Iran, von denen vor der Kulturrevolution 1979 keine gezwungen war, in der Öffentlichkeit ein Kopftuch zu tragen.

In Gefahr kommen aufklärerische Werte spätestens dann, wenn der Westen seine Vormachtstellung gegenüber dem autoritär geführten China einbüsst. Dort zeigt sich bereits jetzt, wie gefährlich die seit Jahrzehnten zunehmende Macht des Staates werden kann, wenn er sich das von den Bürgern freiwillig und unfreiwillig im Netz geteilte Wissen über sie zunutze macht. «Der Staat ist eine Maschine», schrieb der Hauptverantwortliche für die sowjetischen Arbeitslager, Demokratiegegner Josef Wissarionowitsch Stalin, bereits in vordigitalen Zeiten in seinen «Grundlagen des Leninismus» 1924: «Der Staat ist eine Maschine in den Händen der herrschenden Klasse zur Unterdrückung des Widerstands ihrer Klassegegner.» ◀

«Weltweit erleben wir die Rückkehr unverbrämter Ausübung von Macht als politischem Instrument und eine zunehmende Polarisierung der Öffentlichkeit. Dem gegenüber stehen die Ideale und Prinzipien der Aufklärung, mit denen wir uns wieder explizit auseinandersetzen sollten. Statt zu resignieren, gilt es deren fundamentale Bedeutung mit Blick auf Menschenrechte, wirtschaftliche Dynamik und individuelle Lebenschancen neu zu artikulieren.»

Andreas R. Kirchschräger
Delegierter des Stiftungsrates der Max Schmidheiny Stiftung

Aufklärung heute

Wie uns aufgeklärte liberale Ideen in der Praxis erhalten bleiben.

Wer glaubt, «Aufklärung» bezeichne vor allem eine vergangene geschichtliche Epoche, in der Männer Perücken trugen und sich verträumt in die Sterne blickend mit Zirkel und Globus in Öl porträtieren liessen, irrt. Aufklärung bezeichnet einen zeitlosen, beschwerlichen Prozess hin zu einem Geisteszustand der Aufgeklärtheit, der nur durch die Anstrengung des einzelnen entsteht. Eine «aufgeklärte Gesellschaft» kann es nur als «Gesellschaft der Aufgeklärten» geben. Kein Automatismus dieser Welt führt per se zu Aufgeklärtheit, im Gegenteil. Man muss das Licht stets aktiv einschalten. Dunkel wird es von ganz alleine.

Die Frage nach dem Stand der Aufgeklärtheit von heute ist deshalb zugleich eine unangenehme an uns selbst: Tragen wir den Marschallstab des Fortschritts noch im Gepäck? Oder haben wir ihn unterwegs verloren, in diesen oft kleinen und unscheinbaren Momenten, als es opportuner war, sich einer Doktrin zu beugen; als es bequemer war, die eigenen Daten freizugeben statt sie zu schützen; als wir zusahen, wie der Meinungskorridor enger wurde und Räume des freien Geistes ohne Not zur Disposition gestellt wurden?

Die Autoren dieses Dossiers gehen den Ausprägungen der Aufklärung heute nach: als Leuchtturmbegriff des Westens, als ideengeschichtliche Tradition, als Gut, das von Institutionen gestützt oder durch sie gefährdet wird, als Form des Denkens oder als Scheinkompetenz einer angeblich so smarten Generation. Zugleich wollten wir wissen, wie wir Aufklärung heute praktisch leben und vielleicht sogar designen können, welches Arsenal an Methoden uns aus liberaler Sicht zur Verfügung steht.

Leben wir nicht in den bestinformierten und transparentesten Zeiten, die es je gab? Schon möglich, doch genau das glaubten auch viele Zeitgenossen früherer Generationen über sich. Heute nach dem Geist der Aufklärung zu forschen, bedeutet deshalb vor allem – wie schon seit je –, unserer Lebenswelt kritisch den Puls zu fühlen.

Wir wünschen eine in jeder Hinsicht aufklärende Lektüre!

Die Redaktion

*Für die Unterstützung dieses Dossiers danken wir der Max Schmidheiny Stiftung.
Redaktionell verantwortlich ist der «Schweizer Monat».*

Die freie Welt verteidigen

Im Westen haben die Ideen der Aufklärung ihre politische Heimat gefunden. Heute gilt es die Attacke neuer Kulturrelativisten abzuwehren.

von *Thomas Kleine-Brockhoff*

Ohne Zweifel befindet sich der Westen in einer Krise, deshalb schreiben manche «den Westen» nur noch in Anführungszeichen. Der deutsche Historiker Gregor Schöllgen etwa hält die Nato und dazu noch die Europäische Union für moribund. Für ganze Kohorten von europäischen Analysten sind die USA verloren. Sie können die liberale internationale Ordnung bloss noch im Rückspiegel erkennen und sehen am Horizont vielmehr die Morgenröte einer anbrechenden «Post-West-Ära» aufscheinen.

Wer den Westen mit seinen gegenwärtigen Institutionen gleichsetzt, dem ist der Endzeitton zu verzeihen. Der Bedeutungsverlust dieser Institutionen ist schwer zu übersehen. Doch der Westen sei zugleich ein normativer Prozess, gibt Historiker Heinrich-August Winkler zu bedenken. Der politische Westen kann eben nicht bloss als eine Gemeinschaft von Nachkriegsverbündeten in Amerika und Europa verstanden werden. Er ist zugleich verbunden durch eine Ideenwelt, die auf die Aufklärung zurückgeht und in Institutionen ihren heutigen Ausdruck fand. Diese Verschränkung macht die gegenwärtige Krisendebatte so relevant und so komplex.

Von Traueranzeigen für den politischen Westen ist abzusehen
Seinen ersten Auftritt hatte der politische Westen nicht etwa 1941 mit der Atlantik-Charta, nicht 1948 mit dem Marshallplan und nicht 1949 mit dem Nato-Vertrag, sondern schon während der atlantischen Revolutionen von 1776 und 1789, und zwar mit der Grundrechteerklärung von Virginia und der französischen Menschen- und Bürgerrechtserklärung. Der Westen beruht somit nicht allein auf Institutionen, die Machtstrukturen und Präferenzen nach dem Zweiten Weltkrieg abbilden. Er fusst vielmehr auf Prinzipien, die die Revolutionen des 18. Jahrhunderts (und übrigens auch die polnische Verfassung von 1791) etabliert haben: unveräusserliche Menschenrechte, Herrschaft des Rechts, Gewaltenteilung und repräsentative Demokratie. Der Westen – das sind letztlich politische Werte mit universalistischem Kern. In diesem Verständnis sind die westlichen Demokratien gelebte aufklärerische Praxis. Die Praxis schafft sich Institutionen, innerstaatliche und zwischenstaatliche. Die Institutionen mögen sich wandeln, der Wertekern nicht. Weil die aufklärerischen Ideale wirkmächtiger

und dauerhafter sind als die Institutionen, die sie sich geschaffen haben, empfiehlt es sich, von Traueranzeigen für den politischen Westen zunächst abzusehen.

Wer genau hinsieht, wird bemerken, dass der Bedeutungsverlust von Institutionen nicht der einzige beobachtbare Trend ist. Denn zugleich hat ein neuer Streit um den Westen begonnen, um dessen Wesen und Zukunft, also um eine moderne Übersetzung aufklärerischer Ideale in die politische Praxis der liberalen Demokratie.

Diese Kontroverse beginnt mit der Begriffsdefinition, um die gerungen wird, weil sich darin die verschiedenen Vorstellungen spiegeln, was der Westen ist oder sein sollte. Stark vereinfacht lassen sich vier Definitionen unterscheiden: Da ist erstens der Westen als Synonym für eine historisch gewachsene Kulturgemeinschaft, die auf christlichem oder jüdisch-christlichem Erbe fusst. Darüber hinaus gibt es zweitens eine rassistische Deutung, die den Westen über das Weisssein definiert. Drittens steht der Westen für die Gruppe der entwickelten und technologisch führenden Länder. Und viertens lässt sich der Westen als eine politische Gemeinschaft liberaler Demokratien beschreiben.

Letztere, also die politische Definition, war nach den atlantischen Revolutionen lange Zeit umstritten und in der regierungspraktischen Übersetzung eine Art Minderheitenprogramm ausgewählter Nationalstaaten. Gegen die Konkurrenz der technologischen, der rassistischen und der kulturalistischen Definition wurde die aufklärerisch-politische Interpretation des Westens erst nach dem Zweiten Weltkrieg prägend, und zwar zunächst regional. Vollends durchzusetzen schien sie sich erst nach dem Ende der Sowjetunion.

Kritik und Widersprüche

Die Kritik am Begriff des politischen Westens ist gleichwohl niemals verstummt. Da gibt es jene, die unterstellen, der Westen sei im Grunde bis heute nichts anderes als ein exklusiver, andere ausschliessender Club und insofern keineswegs den Werten der Aufklärung verpflichtet. Dabei ist der heutige Westen, auch wenn er von Anrainern des Atlantiks gegründet wurde, gerade keine geografische, sondern eine politische Standortbestimmung. Er ist of-



«Der politische Westen kann nicht bloss als eine Gemeinschaft von Nachkriegsverbündeten in Amerika und Europa verstanden werden.»

Thomas Kleine-Brockhoff

Thomas Kleine-Brockhoff, zvg.

«Statt vom Ende des Westens wird von einem Kampf um die Seele des Westens zu sprechen sein.»

Thomas Kleine-Brockhoff

fen für alle, die seine Werte teilen, leben und schützen. Man findet den Westen überall dort, wo der Schutz der Menschenrechte und die Freiheit des Individuums als Kernelemente der staatlichen Legitimation gelten. Westen beschreibt eine Herkunft, keine Mitgliederbeschränkung. Wer den politischen Westen plausibel kritisieren will, sollte ihm deshalb nicht seine angebliche Geschlossenheit, sondern im Gegenteil gerade seine Offenheit vorbehalten. Aus seinem Universalismus lassen sich viel plausibler expansionistische Gelüste konstruieren.

Letztlich haben aber jene Anwürfe mehr Gewicht, die dem Westen Doppelzüngigkeit vorwerfen. Diese Kritiker behaupten, der Westen sei bloss hübsch verpackte Heuchelei. Die wohlklingende Rede von den westlichen Werten sei nichts als eine ideologische Überhöhung egoistischer Interessen atlantischer Nationen. Sie beriefen sich auf eine aufklärerische Tradition, die sie nicht lebten. Scheinheiligkeit sei die Achillesferse der westlich dominierten liberalen Ordnung.

Es stimmt ja: Widersprüche gibt es, und zwar seit dem 18. Jahrhundert. Ko-Autor jener Menschenrechtsrhetorik, die später in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen globalisiert wurde, war Thomas Jefferson – zugleich ein Sklavenhalter. Das Preussen Immanuel Kants war zwar Heimat aufklärerischer Ideen, die Eingang in den westlichen Kanon fanden. Zugleich ist Deutschland aber jener Staat, der wie kein anderer Widerstand leistete gegen die politischen Konsequenzen der Aufklä-

rung, gipfelnd in der rassistisch motivierten Massentötung von Juden. Und der Gebrauch der Folter in amerikanischen Gefängnissen und ihre Beschönigung als «verbesserte Verhörtechniken» gehört zu jenen Unentschuldbarkeiten, die den Weg in die gegenwärtige Glaubwürdigkeitskrise des Westens ebneten.

Dass Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen, unterscheidet den Westen aber allenfalls von solchen politischen Projekten, die einen Anspruch an sich selbst gar nicht erst formulieren. Wo der Zynismus der Macht regiert, stehen keine universalistischen Ideale, kein Wille zur Wahrheit und kein Bekenntnis zur Selbstkritik im Weg. Nach Heinrich-August Winklers Diktum war das *Projekt* des Westens von allem Anfang an auch ein *Prozess* des Westens, eine Zielsetzung und eine Beschreibung des Weges zur Integration aufklärerischer Werte in die Politik. Dieser Anspruch dient als Korrektiv der Regierungspraxis, und das Korrektiv ist entscheidend für den Wert des Anspruchs. Was der Westen zu sein beanspruchen darf, entscheidet sich am Umgang mit den eigenen Verfehlungen. Zwar wird der Westen ewig unvollendet bleiben. Nicht auszudenken allerdings, gäbe es seine Ideale nicht.

Vorbild Putin

Wenn aber die Abweichung der normativen Prämissen von der politischen Praxis dauerhaft und gravierend ist, erodiert die Unterstützung für *Projekt* und *Prozess*, nicht zuletzt in den westlichen Ländern selbst. Genau das geschieht heute. Kulturrelativisten aller Art freuen sich an jedem Anlass, der ihnen die Möglichkeit gibt, die Heucheleikeule zu schwingen. Sie wollen den Westen lieber kulturell definieren oder rassistisch, was in der Form ihres offensiven Bekenntnisses eine Art Neuaneignung einer zweifelhaften Tradition ist. Sie fühlen sich bedroht und überwältigt von einem scheinbar ausgreifenden Universalismus, der gewisse Rechte allen Menschen und nicht allein allen Staatsbürgern zuschreibt. Viktor Orbán, Donald Trump, Marine Le Pen, Jarosław Kaczyński, Alice Weidel und ihre Weggefährten wollen den Westen enger und exklusiver definieren. Für sie ist der Westen eine kulturelle Verteidigungsliga, ein Identitätsclub der christlich (und auch jüdisch, so sagen sie) geprägten Nationalstaaten Europas und Nordamerikas, der sich selbst vor Eindringlingen schützt, seien sie Muslime oder Nichtweisse oder sonst wie Unähnliche.

Pate steht hier Wladimir Putins Russland, das als Vorbild eines europäischen Staates dient, in dem Nation, ethnische Zugehörigkeit, Familie und Christentum scheinbar noch etwas gelten. Gerade weil er sich dem «kulturellen und ideologischen Imperialismus (...) des dekadenten Westens» widersetze, schreibt der amerikanische Konservative Patrick Buchanan, sei Putin für manche «Konservative, Traditionalisten und Nationalisten» zum Helden geworden. Dieses Denken knüpft an die erste «America First»-Bewegung an. Sie wollte 1940 nicht nur Amerikas Eintritt in den Zweiten Weltkrieg verhindern. Sie sympathisierte auch mit der Vorstellung der Nationalsozialisten von der Überlegenheit einer weissen, «arischen» Rasse.

In seiner Warschauer Rede (2017) stellt sich Donald Trump zumindest in die Denktradition des Kulturwestlertums und ruft dazu auf, «unsere Zivilisation» gegen jene zu verteidigen, die sie «unterminieren» oder «zerstören» wollten. Die jüngste Hervorbringung der Kulturwestler ist Viktor Orbáns Berufung auf die «christliche Demokratie», mit der er den Begriff der «illiberalen Demokratie» ersetzen möchte. Hier handelt es sich nicht etwa um die Rückkehr Orbáns in den Heimathafen der klassischen Christdemokratie, sondern um das, was die Amerikaner *dog whistle* nennen: eine versteckte Ansprache seiner Anhänger, die durch Anrufung christlicher Traditionen in Wahrheit Furcht vor einer muslimischen Invasion erzeugen soll.

Auf der Basis solcher Umdeutungen des Westens finden sich dann Donald Trump und Viktor Orbán zusammen. Sie unterhalten sich fachmännisch darüber, ob man lieber von einem «wunderbaren Zaun» oder einer «wunderbaren Mauer» gegen Einwanderer und Flüchtlinge sprechen sollte. Viktor Orbán erklärt sich selber zum «Kapitän» einer «Grenzburg», von der aus er die «europäische Lebensweise verteidigen» möchte. Menschenrechte, Minderheitenrechte, Pluralismus, Mindeststandards eines demokratischen Konstitutionalismus – das scheint aufklärerischer Ballast zu sein, der zu einem guten Teil über Bord gehen könnte, wenn es gilt, im Namen einer imaginierten Mehrheit des Volkes, des christlichen Gottes, der Familie und des eigenen Ethos zu agieren.

Den intellektuellen Unterbau für diese atlantische Allianz der Kulturwestler findet man zum Beispiel bei Daniel Pipes und seiner Washingtoner Denkfabrik Middle East Forum. Für Pipes sind Victor Orbán, Marine Le Pen, Matteo Salvini und all die anderen «Zivilisationisten», die sich der edlen Aufgabe widmen, die westliche Kultur und Lebensweise zu verteidigen. In Wahrheit ist die Idee des Zivilisationsstaates die Zielmarke eines chauvinistischen Westlertums. Dieses Denken geht davon aus, dass die Vorstellung universeller Menschenrechte und gemeinsamer demokratischer Standards fehlgeleitet sei. Denn jede Zivilisation benötige eigene Institutionen, die nichts als die eigene spezifische Kultur abbildeten. Deshalb sei der westliche Zivilisationsstaat weiss und ethnisch homogen. Migranten und Minderheiten passten nicht hinein, weil sie nicht Teil der Kernzivilisation seien oder werden könnten.

Kampf um die Seele des Westens

Statt vom Ende des Westens wird also von einem Kampf um die Seele des Westens zu sprechen sein, von einem Kampf zwischen aufklärerischem und kulturellem, zwischen politischem und identitärem Westen, zwischen Universalismus und Kulturrelativismus. Es wäre ein Kampf um die Deutungshoheit über den Begriff des Westens.

Es gehört nicht viel Fantasie dazu, sich vorzustellen, dass die Kontroverse um das Erbe der Aufklärung und den Wesenskern des politischen Westens nicht nur dessen Gegner mobilisiert, sondern vor allem auch dessen Anhänger. Der Westen dürfte jetzt so-

gar neue Freunde finden. Konfrontiert mit dem Machtgewinn von Relativismus und Nationalismus, wird manchem Kritiker von gestern nicht nur der normative Anspruch des Westens wie ein Heimathafen vorkommen, sondern plötzlich auch dessen verbesserungswürdige Realität.

Indem er herausgefordert wird, kann der politische Westen zum Orientierungspunkt in der Orientierungskrise werden. Längst gibt es dafür Anhaltspunkte: Der Protektionismus von rechts lässt unter alten Globalisierungskritikern neue Freihandelsfreunde heranwachsen. Die populistische Vorstellung eines Mehrheitsdiktats ohne Minderheitenschutz produziert unter grünen Graswurzelaktivisten eine neue Verbundenheit mit starken repräsentativen Elementen von Demokratie. Es dürfte kein Zufall sein, dass sich gerade in Staaten, in denen der neue Populismus früh Macht ausübte, zum Beispiel in Tschechien oder in der Slowakei, machtvolle Bewegungen gegen Vetternwirtschaft, Korruption und Kriminalität wenden, und damit gegen die Auswüchse des Regierungshandelns von Populisten.

Wenn sich also mitten in der Krise und parallel zu seiner institutionellen Schwächung eine neue Wertschätzung des politischen Westens zeigt, so geschieht das, weil die Anziehungskraft der Ideen, die aus der Aufklärung stammen, keineswegs gebrochen ist. Wer heute behauptet, der Westen sei tot, der möge einmal bei jenen Aktivisten nachfragen, die in Hongkong den revolutionären Freiheitshymnus aus Victor Hugos «Les misérables» singen. Nachzufragen wäre auch bei jenen Menschen, die sich in einer Karawane bei sengender Hitze auf den Weg durch Mexiko in die Vereinigten Staaten machen. Oder bei jenen Individuen, die heute ihr Leben riskieren, um in seeuntauglichen Schaluppen irgendwie über das Mittelmeer auf den europäischen Kontinent zu kommen. All diese Menschen wollen eben nicht nach Saudi-Arabien oder Katar, nicht nach Singapur oder nach Festlandchina – oder wie die neureichen Unterdrückerregime auch heissen mögen, in denen ein komfortables Auskommen möglich wäre. Die Freiheitskämpfer und Flüchtlinge wissen eben besser als mancher im Westen, was der Westen ist.

Wer die Idee von universellen Menschenrechten und repräsentativer Demokratie für das Erbe dessen hält, was die Aufklärung in die politische Praxis der Moderne eingetragen hat, der wird sich auch weiterhin nur auf den Westen als wichtigsten Träger dieser Werte berufen können. Zur Überwindung der gegenwärtigen Orientierungskrise gehört also, am Begriff des Westens festzuhalten, die Deutungshoheit über den Begriff nicht aufzugeben und seine universalistische Variante selbstbewusst zu vertreten. ◀

Thomas Kleine-Brockhoff

ist Vizepräsident des German Marshall Funds of the United States. Er leitete zuvor den Planungs- und Redenstab des deutschen Bundespräsidenten Joachim Gauck. Im Oktober 2019 ist sein Buch «Die Welt braucht den Westen – Neustart für eine liberale Ordnung» erschienen, an das sich dieser Aufsatz anlehnt.

Die Aufklärung, die wir meinen

Frankreich, Deutschland, Schottland: Es gibt nicht nur eine Aufklärung, es gibt mehrere.

von Michael Zöller

Was bedeutet Aufklärung eigentlich, einst und heute? Allgemein könnte man sagen: Aufgeklärtheit gilt als Qualität einer Kultur oder einer Epoche im Vergleich mit den Mängeln anderer Weltgegenden oder früherer Zeiten. So betrachteten sich im 18. Jahrhundert französische Intellektuelle als Lumières, Lichtbringer, die frühere Dunkelheit überwinden. Im englischen Begriff *enlightenment* hat diese Lichtmetaphorik überlebt.

In Deutschland war es Immanuel Kant, der die seither unausweichliche Definition etablierte. Aufklärung sei «der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit». Diese bestehe in dem «Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines andern» zu bedienen, und selbstverschuldet sei diese Unmündigkeit, wenn «die Ursache nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliessung und des Muthes» liege. Sich des «eigenen Verstandes zu bedienen», sei «der Wahlspruch der Aufklärung».

Diese Aufklärung kommt ohne «Lichtbringer» aus. Selbstdenken heisst hier die Parole. Das klingt, als ginge es um Subjektives, um die freien Äusserungen von Individuen, deren erwartbare Unterschiedlichkeit man zu respektieren hätte, weil sonst die einen beanspruchen, die anderen aufzuklären. In der Tat kritisierte Kant die Bevormundung, den «Paternalismus», als die schlimmste Form des «Despotismus». Aber was wird dann aus dem Fortschrittspathos der Lumières, aus Gesinnung, Gesittung und Gemeinwohl – oder vereinigen sich am Ende alle unter Menschheitszielen, weil die Vernunft eine allgemeine ist?

Um diesen Gegensatz dreht sich der Streit, der auch nationalkulturell unterscheidbare Denktraditionen hervorbrachte – zu den wichtigsten gehören die französische, die deutsche und die schottische. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Es gibt nicht nur eine Aufklärung, es gibt mehrere – auch wenn in Schulbüchern und Leitartikeln unverdrossen von den «Werten der Aufklärung» die Rede ist.

Frankreich: Glaube an die Vervollkommnung des Menschen

Wenn wir pauschalisierend von den *philosophes* sprechen, dann sind jene französischen Aufklärer gemeint, die besonders in den seit 1751 erscheinenden Bänden der *Encyclopédie ou Dictionnaire raisonné des sciences, des arts et des métiers* ein Programm der Vernunft Herrschaft präsentieren, das die Vervollkommnung des Men-

schen und die Machbarkeit der Verhältnisse verspricht. Die Formel von der «perfectibilité de l'homme» lässt zwar noch offen, ob der Mensch sich dabei selbst aufklärt oder ob er aufgeklärt wird, doch setzt nicht nur Voltaire auf eine zentrale Gewalt, die Rationalität und Zivilisation durchsetzt. Er wolle lieber von einem starken Löwen regiert werden als von seinesgleichen. Anders als Groucho Marx' sehr viel späterer Gag, er möchte keinem Verein angehören, der Leute wie ihn aufnehme, ist das nicht als Geistreichelei gemeint, sondern als konsequente Gleichsetzung von Vernunft und öffentlicher Gewalt. So erscheint auch die Gewaltenteilung nur als Behinderung der Regierung. Wir haben es mit einer Aufklärung zu tun, die sich vor der Macht nicht fürchtet. Im Gegenteil führt Diderot zur Freude aller späteren Despoten den Begriff des Glücks in die politische Philosophie ein. Glück sei die Quelle unserer Verpflichtung – also kommt es darauf an, die Richtigen, nämlich die Wissenden und Weisen, an die Macht zu bringen, nicht etwa diese zu begrenzen.

Deutschland: Vernunftkritik und Volksgeist

Böse Zungen behaupten, man könne nicht von einer deutschen Aufklärung, sondern allenfalls von einer deutschen Aufklärungskritik sprechen. Tatsächlich reagieren die deutschen Denker auf die französische Entwicklung, doch tragen sie neue Konzepte des Verstandes- und Vernunftgebrauchs mit gleichem aufklärerischem Anspruch und, vor allem, mit langfristiger intellektueller Wirkung vor. Sie glauben nicht an die unmittelbare Wirkung der Vernunft, sondern fragen nach ihrer Reichweite, sprechen von Volksbildung und betonen die historische Bedingtheit der Gegenwart.

Da ist zunächst Kant, der schon deshalb seinen Platz im Pantheon der Aufklärung hat, weil er, wie Deutsche es angeblich immer tun, den Gegenstand definierte und mit seinen republikanischen Einwänden die politische Blindheit der Enzyklopädisten kritisierte. Doch hat er nicht nur durch seine Unterscheidung von Anschauung, Vernunft und Verstand die Erkenntnistheorie auf ein neues Gleis gesetzt, sondern mit seiner Moralphilosophie einen lange nachwirkenden deutschen Vorbehalt erzeugt. Wer nur den «reinen Willen» als moralisch gelten lässt, der sträubt sich gegen soziale Institutionen, die Motive und Zwecke voneinander trennen, also

kein Problem damit haben, wenn jemand das Erwünschte tut, nur weil er auf seinen guten Ruf bedacht ist oder weil sein Profitstreben ihn dazu bewegt, uns Dienste zu erweisen. Deutsch sein, hiess es dann bald, bedeute, etwas um seiner selbst willen zu tun.

Noch wirksamer als Kant, dessen Ruhm sich erst allmählich verbreitete, waren zunächst wohl die Pädagogen wie Salzmann oder Basedow, die in ihren Reformschulen, den «Philanthropinen», jene Kenntnisse als «Aufklärung des Menschen» vermitteln wollten, die «zur Veredlung seiner Gesinnung» taugten. Unter ihrem Einfluss wurde Aufklärung in Deutschland zu einem Synonym für Erziehung und Volksbildung, doch wich dieses Bildungsideal bald dem neuhumanistischen Konzept, das den allgemeinen Fortschritt weniger von bestimmten Kenntnissen erwartete als davon, dass jeder an sich selbst, an der Entfaltung der Persönlichkeit arbeitet. Hinzu kam, als Kritik an jenen Aufklärern, die alles aus allgemeinen Vernunftprinzipien ableiteten, der deutsche Historismus – sowohl in der bekömmlichen Variante, dem Gebot des Verstehens, wie auch in der deterministischen, die aus Geschichtsdeutung Marschbefehle ableitet¹.

Der unbekömmliche deutsche Exportartikel, die mit metaphysischem Treibgas aufgeladene Geschichtsphilosophie, entstand schliesslich daraus, dass die uralte Vorstellung von einer Entwicklung in Stadien sich zu der Lehre von dem jeweils fortgeschrittensten Volksgeist oder Gruppenbewusstsein und seiner Rolle bzw. seiner Vollmacht in einem notwendigen Geschichtsverlauf steigerte.

Gesellschaft und soziale Institutionen: das schottische Modell

Ein völlig anderes Aufklärungskonzept, das mit dem französischen Rationalismus und Konstruktivismus ebenso konkurriert wie mit der deutschen Bildungs- und Geschichtsphilosophie, boten die schottischen «Moralphilosophen» wie Ferguson, Hume, Smith und Tucker. Sie sprechen nicht von historischer Notwendigkeit, sondern von sozialer Evolution, die aus individuellem Handeln ein Geflecht entstehen lässt, das die Schotten erstmals als *civil society*, als Gesellschaft, bezeichnen. Die Verhältnisse sind nach Ferguson «Ergebnisse menschlichen Handelns, nicht menschlichen Plans», also die nicht vorhersehbare Folge des interessengeleiteten Verhaltens vieler Menschen, die von ihren eigenen Fehlern und den erfolgreichen Praktiken anderer ständig hinzulernen. Nebenbei bemerkt, folgen hier die Geistes- und Sozialwissenschaften einmal nicht der neuesten naturwissenschaftlichen Leitidee, sondern Charles Darwin wird durch die schottischen «Moralphilosophen» inspiriert.

Die Illusion einer allumfassenden Vernunft

Die meisten klassischen, wie auch einige neuere Aufklärungsprogramme, gehen von einem gemeinsamen Irrglauben aus. Ob es sich um die Vorstellung von Planbarkeit und Machbarkeit handelt (die «soziale Physik» der *philosophes* und ihrer Nachfolger), die Behauptung, Geschichte entschlüsselt zu haben (die Geschichtsphilosophie, die dem Weltgeist begegnet ist), oder um die sogenannten Diskurstheorien (die Hoffnung auf argumentierende Erzeugung

«Demokratie bedeutet nicht Konsens, sondern geregelten Dissens.»

Michael Zöller

von Geltung) – sie alle unterstellen, es gebe eine allgemeine, für alle gleiche und alle vereinigende Vernunft, die sich uns offenbaren werde, wenn wir uns nur hinreichend bemühen.

In der Hoffnung auf diese Erleuchtung werten sie die Verfahrensweisen ab, die wir benötigen, wenn wir an Aufklärung als «Selbstdenken» festhalten wollen und dies als Voraussetzung unseres privaten wie auch unseres öffentlichen Vernunftgebrauchs verstehen. Allerdings wird in öffentlichen Debatten oft nur noch gehört, wer zunächst beteuert, er sei tief besorgt. Stossen in Parlamentsdebatten tatsächlich einmal ordnungspolitische Konzepte aufeinander, wird man in den Fernsehnachrichten hören, es sei gestritten worden. Als wäre die Liedzeile «Die Wissenschaft hat festgestellt» nicht satirisch gemeint, wird die öffentliche Funktion der Wissenschaft nicht darin gesehen, durch konkurrierende Erklärungen bestimmter Sachverhalte unser Urteil zu fordern, sondern uns eben dies zu ersparen. Dabei mutiert Wissenschaftsjournalismus zur Demoskopie: Wir erfahren, welcher Prozentsatz von Wissenschaftlern eine bestimmte Meinung teilt.

Aufgeklärtheit heute müsste bedeuten, über die Illusion einer allgemeinen Vernunft aufgeklärt zu sein. Das hiesse auch, Ungewissheit nicht zu beklagen, sondern sie als Bedingung der Freiheit zu erkennen. Wissenschaft soll uns Alternativen zeigen. Demokratie bedeutet nicht Konsens, sondern geregelten Dissens. Mehrheitsentscheidungen kann der Unterlegene dann akzeptieren, wenn von ihm nicht verlangt wird, der Mehrheitsmeinung auch noch höheren Wahrheitsgehalt oder überlegene Moral zu attestieren. Grundrechte sind häufig negativ formuliert, damit nicht irgendjemand sie positiv ausfüllt. Kurzum, zum «Ausgang aus selbstverschuldeter Unmündigkeit» sind wir auf Institutionen angewiesen, die die Räume unseres «Selbstdenkens» offenhalten. ◀

¹ Dabei führte die mildere Form zunächst zur Etablierung der Geschichtswissenschaft und der historischen Geisteswissenschaften als den deutschen Exporterfolgen des 19. Jahrhunderts. Darauf bauten die rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Richtungen auf, die sich als historische Schulen bezeichneten, weil sie die Volksgesichter als die Quellen des Rechtsempfindens und der Wirtschaftsstile betrachteten. So kommt die «Volkswirtschaftslehre» nur im deutschen Sprachraum vor, während der Rest der Welt von Ökonomie spricht.

Michael Zöller

ist emeritierter Professor für Politische Soziologie an der Universität Bayreuth und ehemaliger Leiter der dortigen Amerika-Forschungsstelle.

Glaube nichts, überprüfe alles

In Zeiten des Erstarkens autoritärer Führer wird verlässliche Information wieder wertvoll. Ein Plädoyer für echten Journalismus.

von Timothy Snyder

Frage nach und überprüfe. Ergründe Dinge selbst. Verbringe mehr Zeit mit langen Artikeln. Unterstütze den investigativen Journalismus, indem du Printmedien abonnierst. Denk dran, dass einige der Dinge, die sich im Internet finden, dir schaden wollen. Erkundige dich nach Webseiten, die Propagandakampagnen kritisch unter die Lupe nehmen (von denen einige im Ausland sitzen). Übernimm Verantwortung für das, was du mit anderen kommunizierst.

Was ist Wahrheit? Mitunter stellen Menschen diese Frage, weil sie nichts tun wollen. Der allgemeine Zynismus vermittelt uns das Gefühl, hip und alternativ zu sein, selbst wenn wir in einen Morast der Gleichgültigkeit hineinschlittern. Es ist deine Fähigkeit, Fakten zu unterscheiden, die dich zu einem Individuum macht, und es ist das kollektive Vertrauen in das gemeinsame Wissen, das uns zu einer Gesellschaft macht. Das Individuum, das nachfragt, ist auch der Bürger, der sich konstruktiv am Aufbau des Gemeinwesens beteiligt. Der Führer, der die Fragenden nicht mag, ist ein potentieller Tyrann.

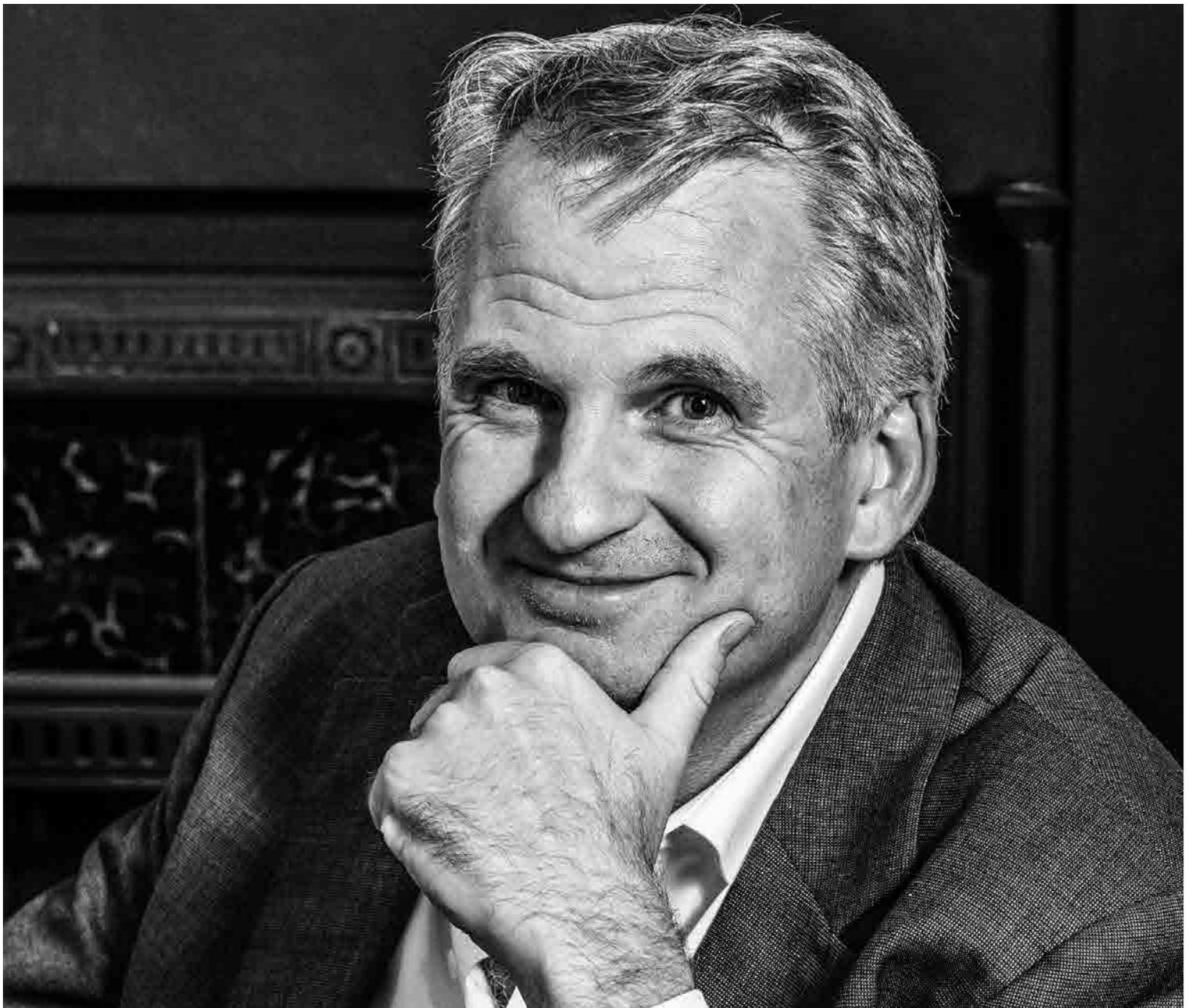
Während seines Wahlkampfs behauptete der amerikanische Präsident auf einem russischen Propagandasender, die amerikanischen Medien seien «unglaublich verlogen». Er schloss zahlreiche Berichtersteller von seinen Wahlkampfveranstaltungen aus und schürte bei seinen Zuhörern regelmässig den Hass auf Journalisten. Wie die Führer autoritärer Regime versprach er, die Meinungsfreiheit durch Gesetze einzuschränken, die Kritik verhindern sollen. Ähnlich wie Hitler benutzte er das Wort Lügen, um damit Tatsachenbehauptungen zu bezeichnen, die ihm nicht gefielen, und stellte den Journalismus als Kampagne gegen ihn persönlich dar. Freundlicher ging der Präsident mit dem Internet um, seiner Quelle für irreführende Informationen, die er an Millionen von Menschen übermittelte.

Als sich Hannah Arendt 1971 mit den Lügen beschäftigte, die in den USA über den Vietnamkrieg verbreitet wurden, tröstete sie sich mit dem Gedanken, dass die Macht der Fakten in einer freien Gesellschaft stärker sei als alle Lügen: «Unter normalen Umständen kommt der Lügner gegen die Wirklichkeit, für die es keinen Ersatz gibt, nicht auf; so gross das Gewebe aus Unwahrheiten ei-

nes Lügners auch sein mag, es wird doch, selbst wenn er Computer zur Hilfe nimmt, niemals gross genug sein, um die Unendlichkeit des Wirklichen zuzudecken.» Das mit den Computern stimmt nicht mehr. Bei der Präsidentschaftswahl 2016 war die zweidimensionale Welt des Internets wichtiger als die dreidimensionale Welt menschlichen Kontakts. Menschen, die von Tür zu Tür gingen, um für ihren Kandidaten zu werben, stiessen auf völlig überraschte Bürger, die merkten, dass sie mit einem Menschen aus Fleisch und Blut über Politik würden sprechen müssen, statt über ihre Facebook-Feeds in ihren Ansichten bestätigt zu werden. Innerhalb der Welt des Internets sind neue Kollektive entstanden, die bei Tageslicht unsichtbar sind, Stämme mit spezifischen Weltbildern, verbunden mit Manipulationen. (Und ja, es gibt eine Verschwörung, die man online findet: Es ist diejenige, die dich online hält und nach Verschwörungen suchen lässt.)

Journalismus ist kein Spektakel

Wir brauchen Printjournalisten, damit sich Geschichten auf der Zeitungsseite und in unseren Köpfen entwickeln können. Was heisst es beispielsweise, wenn der Präsident davon spricht, Frauen würden «an den Herd» gehören, eine Schwangerschaft sei eine «Unannehmlichkeit» für Arbeitgeber, Mütter würden im Job nicht «100 Prozent» geben, Frauen sollten für Abtreibungen bestraft werden, Frauen seien «Schlampen», «Schweine» oder «Hündinnen» und sexuelle Übergriffe auf sie seien erlaubt? Was bedeutet es, dass sechs Unternehmen des Präsidenten bankrottgegangen sind und dass mysteriöse Geldströme aus Russland und Kasachstan in die Wahlkampfkasse des Präsidenten geflossen sind? All das erfahren wir aus verschiedenen Medien. Wenn wir sie jedoch vom Bildschirm erfahren, werden wir gerne von der Logik des Spektakels in Bann gezogen. Wenn wir von einem Skandal erfahren, regt das unseren Appetit auf den nächsten an. Sobald wir unterschwellig akzeptieren, dass wir eine Reality-Show anschauen, statt über das wirkliche Leben nachzudenken, kann im Grunde kein Bild dem Präsidenten politisch schaden. Reality-TV muss mit jeder Folge drastischer werden. Würden wir auf ein Video stossen, in dem der Präsident Kosakentänze aufführt, während Wladimir



«Für uns ist es selbstverständlich,
dass wir für einen Klempner
oder einen Mechaniker bezahlen,
aber unsere Nachrichten wollen
wir umsonst haben.»

Timothy Snyder

Timothy Snyder, fotografiert von Andrea Artz / laif.

Putin dazu in die Hände klatscht, würden wir vermutlich einfach noch einmal das Gleiche verlangen, wobei der Präsident dann mindestens ein Bärenkostüm tragen und sich Rubelscheine in den Mund stecken müsste.

Die besseren Zeitungsjournalisten versetzen uns in die Lage, die Bedeutung dessen, was ansonsten wie isolierte Informationsbrocken wirken könnte, für uns selbst und für unser Land zu erfassen. Doch während jeder schnell mal einen Artikel reposten kann, sind Recherche und Schreiben harte Arbeit, die Zeit und Geld erfordert. Bevor du also über die Mainstreammedien spottest, denk dran, dass sie nicht mehr Mainstream sind. Es sind der Spott und die Verachtung, die Mainstream und einfach sind, während tatsächlicher Journalismus widerspenstig und schwierig ist. Versuche einmal selbst, einen richtigen Artikel zu schreiben, der Arbeit in der wirklichen Welt erfordert: Reisen, Interviews, Kontakte zu Quellen knüpfen, in Archiven stöbern, alles verifizieren, schreiben und Abzüge korrigieren, und all das in einem engen und gnadenlosen Zeitkorsett. Wenn du Freude an so etwas findest, betreibe einen Blog. Bis dahin schenke denen dein Vertrauen, die so etwas beruflich betreiben.

Urteilsfähigkeit hat einen Preis

Journalisten sind nicht perfekt, so wenig wie Menschen in anderen Berufen perfekt sind. Doch die Arbeit von Menschen, die einem journalistischen Ethos Rechnung tragen, ist von anderer Qualität als die Arbeit derer, die das nicht tun.

Für uns ist es selbstverständlich, dass wir für einen Klempner oder einen Mechaniker bezahlen, aber unsere Nachrichten wollen wir umsonst haben. Würden wir nicht für den Klempner oder die Autoreparatur bezahlen, würden wir nicht erwarten, Wasser trinken oder Auto fahren zu können. Warum also sollten wir uns auf der Grundlage von null Investitionen unser politisches Urteil bilden? Wir kriegen das, wofür wir bezahlen.

Wenn wir nach den Fakten suchen, eröffnet uns das Internet beneidenswert viele Möglichkeiten, sie ausfindig zu machen. Die von mir zitierten Autoritäten verfügten über nichts dergleichen. Leszek Kołakowski, der grosse polnische Philosoph und Historiker, verlor seinen Lehrstuhl an der Universität Warschau, weil er seine Stimme gegen das kommunistische Regime erhoben hatte, und wurde mit einem Publikationsverbot belegt. Ein brillanter Kopf wie Victor Klemperer, heute viel bewundert, ist nur deshalb in Erinnerung geblieben, weil er während der NS-Herrschaft unbeirrt weiter Tagebuch führte. Für ihn war das eine Art Lebenselixier: «Mein Tagebuch», so schreibt er im ersten Kapitel seines Buches über die *lingua tertii imperii*, «war in diesen Jahren immer wieder meine Balancierstange, ohne die ich hundertmal abgestürzt wäre.» Václav Havel, der bedeutendste Denker unter den kommunistischen Dissidenten der 1970er Jahre, widmete seinen wichtigsten Essay «Von der Macht der Ohnmächtigen» einem Philosophen, der unmittelbar nach einem Verhör durch die tschechoslowakische Geheimpolizei gestorben war. In der kommunistischen

ČSSR wurde diese Streitschrift illegal in ein paar wenigen Exemplaren verbreitet und unter der Hand weitergegeben – man sprach, in Anlehnung an die russischen Dissidenten, von «Samisdat».

Prüfe, bevor du postest

«Da das «Leben in Lüge» die Grundstütze des Systems ist», schrieb Havel, «ist es kein Wunder, dass das «Leben in Wahrheit» eine Grundbedrohung für das System bedeutet.» Im Zeitalter des Internets sind wir alle Publizisten, und jeder von uns trägt eine private Verantwortung für das Wahrheitsempfinden der Öffentlichkeit. Wenn wir ernsthaft nach den Fakten suchen, kann jeder die Funktionsweise des Internets im Kleinen revolutionieren. Wenn du für dich selbst Informationen verifizierst, wirst du keine Fake News an andere verschicken. Wenn du beschliesst, im Netz Berichterstattungen zu folgen, denen du mit gutem Grund vertraust, kannst du das, was sie in Erfahrung gebracht haben, an andere weiterleiten. Wenn du nur Dinge von Menschen twitterst, die sich auf Journalisten berufen, die wirklich sauber gearbeitet haben, dann sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass du dir dein Hirn mit Bots und Trollen verdirbst.

Die Köpfe, denen wir Schaden zufügen, wenn wir Falschmeldungen verbreiten, sehen wir nicht, aber es ist nicht so, dass wir damit keinen Schaden anrichten. Denk ans Autofahren. Wir sehen den anderen Fahrer vielleicht nicht, aber wir wissen, dass wir ihm nicht reinfahren sollen. Wir wissen, dass das uns beiden schaden würde. Wir schützen den anderen, ohne ihn zu sehen, und das Dutzende Male jeden Tag. Ganz ähnlich sehen wir den anderen vor seinem Computer vielleicht nicht, aber auch wir tragen Verantwortung für das, was er oder sie zu lesen bekommt. Wenn wir es vermeiden, den Köpfen unsichtbarer anderer im Internet Gewalt anzutun, werden andere lernen, das auch zu tun. Und dann wird unser Internetgebrauch nicht wie ein einziger blutiger Verkehrsunfall aussehen. ◀

Bei diesem Text handelt es sich um eine leicht gekürzte Fassung des Kapitels «Frage nach und überprüfe» aus «Über Tyrannei. Zwanzig Lektionen für den Widerstand» von Timothy Snyder, erschienen 2017 bei C. H. Beck. Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Wiederabdruck.

Timothy Snyder

ist US-amerikanischer Historiker und Professor an der Yale University. Zuletzt veröffentlichte er «Der Weg in die Unfreiheit: Russland, Europa, Amerika» (C. H. Beck, 2018).

Helvetia illuminata

Alte und neue Rezepte gegen das Marktversagen im politischen Wettbewerb.

von Reiner Eichenberger

Was ist eine aufgeklärte Politik? – Doch eine, in der die Diskursteilnehmer mit möglichst umfassenden Informationen versorgt sind und über möglichst viele valable Alternativen entscheiden können. Oder in der Sprache des Ökonomen: wenn die politischen Institutionen so ausgestaltet sind, dass der Markt für politische Dienstleistungen und der Wettbewerb der politischen Ideen funktionieren können. Die Schweiz ist in dieser Hinsicht ein Erfolgsmodell – aber eines mit Reformbedarf. Denn trotz gut etablierter wettbewerbsfördernder Institutionen gehört auch hierzulande das Marktversagen zur Politik wie das Amen in die Kirche.

In der politischen Arena – oder eben auf dem Markt für Politik – tauschen Politiker und Parteien als Anbieter sowie Bürger und Interessengruppen als Nachfragende politische Dienstleistungen gegen Wählerstimmen, aber auch gegen Parteispenden und Schlimmeres. Dabei wirken die drei typischen Quellen von Marktversagen – externe Effekte, natürliche Monopole und asymmetrische Information – in der Politik noch stärker als in der Wirtschaft. Externe Effekte sind allgegenwärtig, weil die Nutzen und Kosten politischer Leistungen nicht nur die «Auftraggeber» treffen – also diejenigen, die für diesen Weg gestimmt, die entsprechenden Volksvertreter gewählt oder dafür gespendet haben –, sondern alle Steuerzahler sowie weitere Gruppen, und sie wirken sich auch auf andere Gebietskörperschaften aus. Ein weiteres Beispiel sind Monopole: Die Amtsinhaber haben während der typischerweise vierjährigen Amtszeiten ein Machtmonopol und bei der Wiederwahl einen riesigen Vorteil (der «Incumbency Effect»).

Geradezu charakterisierend für die Politik ist das Problem der asymmetrischen Information. Zum einen sind die gesellschaftlichen Probleme so komplex, dass alle politischen Handlungsträger – Politiker und Bürger – permanent überfordert sind. Zum anderen sind die Anreize der Bürger, sich vernünftig zu verhalten, in

der Politik weit kleiner als in der Wirtschaft. Denn ein einzelner Wähler hat kaum Einfluss auf die Wahl- und Abstimmungsergebnisse und deshalb weder Anreize, sich gut zu informieren, noch *instrumentell* für das zu stimmen, was er wirklich als Lösung will. Vielmehr kann er an der Urne gratis protestieren, moralisieren und Gefühle ausleben, oder kurz: sich *expressiv* verhalten.¹

Als Folge leidet die repräsentative Demokratie vielfach: Erstens wissen oft weder Politiker noch Bürger, wie Probleme effizient zu lösen wären. Zweitens wissen die Politiker nicht, was die Bürger wirklich wollen. Drittens wissen die Bürger nicht, wofür die Politiker wirklich eintreten. Viertens sind Wahlversprechen nicht bindend. Entsprechend machen Politiker oft absurde Wahlversprechen, brechen auch vernünftige Versprechen und weichen weit von den Wählerpräferenzen ab. Fünftens gibt es in der Politik keinen Patentschutz für Ideen. Da gute Ideen deshalb oft gestohlen werden, lohnt es sich für Politiker kaum, solche in harter Arbeit zu entwickeln. Sechstens wirken diese Mechanismen asymmetrisch. Das oben genannte Unwissen prägt zwar die Beziehung zwischen den Politikern und vielen Bürgern – aber nicht allen: Gut organisierte Interessengruppen informieren ihre Mitglieder über die wahren Positionen der Politiker und diese über die Präferenzen ihrer Mitglieder. Folglich lohnt es sich für Politiker vor allem, auf die Wünsche der gut organisierten Gruppen einzugehen.

Entscheidend ist deshalb, die Wähler dazu zu bringen, an der Urne nicht einfach zu protestieren und zu moralisieren, sondern sich ernsthaft zu überlegen, wen oder was sie wirklich als Lösung haben wollen. Anderenfalls werden Traumfänger und reinste Interessengruppenvertreter gewählt, und auch vernünftige Politiker verhalten sich wie Traumfänger und reinste Interessengruppenvertreter, um ihre Wahlchancen zu erhöhen.

Wie also bringt man mehr Vernunft und Allgemeinwohlorientierung in die Politik?

Die ökonomische Lösung heisst: Glaubwürdigere Information und bessere Anreize für Bürger und Politiker durch intensiven politischen Wettbewerb in all seinen vier Dimensionen:

1. Wettbewerb zwischen Politikern und Parteien um die Regierungsmacht, also repräsentative Demokratie.
2. Wettbewerb um einzelne Politikmassnahmen, also direkte Demokratie.
3. Wettbewerb zwischen Regierungen um Bürger und Ressourcen, also föderalistischer Wettbewerb zwischen Gebietskörperschaften.
4. Wettbewerb zwischen verschiedenen gewählten politischen Gremien.

Das politische System der Schweiz zeichnet sich durch besonders effektive und originelle Lösungen in all diesen Dimensionen aus. Deshalb werden sie im folgenden kurz dargestellt.

Aufklärung auf Schweizerisch

Die Schweiz hat im internationalen Vergleich die weitaus stärksten direktdemokratischen Institutionen. Direkte Demokratie ist ein weit effektiverer Generator politischer Information als Meinungsumfragen und Wahlkämpfe. Weil Abstimmungsvorlagen weit konkreter und glaubwürdiger als Wahlversprechen sind, ist der gesellschaftliche Diskurs vor Abstimmungen stärker inhaltsbezogen und sachlicher als vor Wahlen. Dabei lernen die Bürger viel über die wahren Positionen der Politiker, die Politiker viel über die wahren Wünsche der Bürger, und beide erfahren viel über Probleme und ihre möglichen Lösungen. Zugleich ist bei Initiativen klar, wer die Urheber der Ideen sind, was die Anreize der Politiker stärkt, gute Lösungen zu erarbeiten. Direkte Demokratie bringt deshalb nicht nur gute Entscheidungen, sondern sie fördert auch die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie. Diese positive Sicht der direkten Demokratie wird durch viele empirische Studien gestützt.²

Föderalismus und Dezentralisierung sind ebenfalls effektive Generatoren von politischer Information und ernsthaftem Diskurs. Im internationalen Vergleich ist die Schweiz extrem föderalistisch und das am stärksten dezentralisierte Land.³ Hierzulande nützt es den Bürgern persönlich, über die Qualität der lokalen Politik informiert zu sein, denn diese Information können sie leicht für private Standortentscheidungen nutzen. So bringt ihnen die Verlegung des Wohnortes oder Geschäftssitzes schon nur um wenige Kilometer oft eine ganz andere Politik mit anderen Leistungen und Steuern. Zudem entstehen durch die politische Vielfalt viele Vergleichs- und Lernmöglichkeiten. Dadurch wird die politische Information vertieft und der politische Diskurs realistischer. In Zentralstaaten hingegen nützt es einzelnen Bürgern kaum etwas, politisch informiert zu sein. Zudem ist es ausserordentlich schwierig zu erfahren, was realistische Alternativen wären.

Unscheinbar, aber oho: zwei «Geheimrezepte»

Über direkte Demokratie und Föderalismus hinaus hat die Schweiz auch in den anderen zwei Dimensionen politischen Wettbewerbs besonders fruchtbare Institutionen:

Wettbewerb um die Regierungsmacht. Politiker haben dann besonders starke Anreize, sich für das Wohl möglichst vieler Einwohner ihrer politischen Einheit einzusetzen, wenn sie nach dem Mehrheitsprinzip in Gesamtwahlkreisen gewählt werden. In vielen Ländern werden deshalb die Bürgermeister, die Gouverneure von Gliedstaaten oder der nationale Präsident nach diesem Verfahren gewählt. Zumeist vertraut die Bevölkerung diesen Politikern weit mehr als Politikern, die in kleinen Wahlkreisen oder im Verhältniswahlrecht gewählt wurden und deshalb Anreize haben, lokale oder ideologische Partialinteressen zu vertreten. Anders als international üblich werden in der grossen Mehrheit der Schweizer Kantone und Gemeinden nicht nur die Regierungsbzw. Gemeindepräsidenten, sondern alle Regierungsmitglieder (zumeist 5 bis 9) in Mehrheitswahlen mit mehreren Sitzen gewählt (*Multi Seat Majority*).⁴ Das klappt seit weit über 100 Jahren hervorragend. Das System gibt allen Politikern, die in die Regierung gewählt werden wollen, starke Anreize, sich tendenziell in der Mitte des politischen Spektrums zu positionieren. Dabei sind die Zentripetalkräfte viel stärker als bei Mehrheitswahlen in einsitzigen Wahlkreisen wie etwa in den USA oder Grossbritannien.⁵ Weil für die nötige absolute Mehrheit immer auch Stimmen aus anderen Parteilagern benötigt werden, können die Parteien die Wahlchancen ihrer Kandidaten steigern, indem sie die Kandidatenzahl senken. Die Wähler sind so gezwungen, ihre Stimmen auf Kandidaten verschiedener Parteien zu verteilen. Das Ergebnis sind dann die für die Schweiz typischen «Konkordanzregierungen», deren Mitglieder aus allen grösseren Parteien kommen, aber meist trotzdem gut zusammenarbeiten können, weil sie eben durch das Mehrheitswahlverfahren «eingemittet» werden. Weil die Präsi-

In Kürze

Eine aufgeklärte Politik heisst: Möglichst viele Menschen können möglichst gut informiert über möglichst viele valable Alternativen entscheiden.

Die Schweiz ist in dieser Hinsicht ein Erfolgsmodell: Sie verfügt über etliche bekannte und weniger bekannte Institutionen, die diesen Wettbewerb der politischen Ideen fördern.

Doch auch hier gilt: Marktversagen gehört fest zur Politik – u.a. weil die Wähler keine harten Anreize haben, Personen zu wählen, von denen sie wirklich Lösungen erwarten. So geniessen die Politiker weitgehend Narrenfreiheit. (sb)

dentschaft in vielen Fällen zwischen den Regierungsmitgliedern rotiert, herrscht zwischen den Regierungsmitgliedern ein weitgehend machtfreier Diskurs, und die Regierung entscheidet in Mehrheitsabstimmungen, was eine weitere Einmüttung der Politik bringt.

Wettbewerb zwischen politischen Gremien. In vielen Ländern gibt es einen solchen Wettbewerb in schwacher Form schon heute: dank den Rechnungshöfen. Sie dürfen aber zumeist nur im Nachhinein die Politik kritisieren. Wichtig wäre, dass sie schon von vornherein – vor den politischen Entscheidungen – die Bürger informieren und Empfehlungen abgeben können und dass sie vom Volk gewählt werden. Die Schweizer Gemeinden kennen eine solche weltweit wohl einmalige Regelung⁶: In allen Gemeinden mit einer Gemeindeversammlung anstelle eines Parlaments wählen die Bürger neben der Regierung auch eine sogenannte Rechnungsprüfungskommission (zuweilen auch Finanz- oder Geschäftsprüfungskommission). Sie soll die Vorschläge der Regierung analysieren und kritisieren und den Wählern Empfehlungen geben – darf aber nichts selbst entscheiden. Ein geradezu genialer Kniff: Während der gemeine Oppositionspolitiker selbst an die Regierungsmacht kommen will, also Anreize hat, die Regierungspolitik möglichst zu blockieren und zu torpedieren, und deshalb kaum konstruktive Beiträge macht, wollen die Mitglieder der Kritikkommission wieder in die Kommission gewählt werden. Entsprechend haben sie Anreize, Vorschläge zur *Verbesserung* der Projekte der Regierung vorzubringen. Durch den Wettbewerb zwischen der Regierung und dieser Kommission entwickelt sich ein ernsthafter glaubwürdiger politischer Diskurs, der oft tatsächlich bessere Lösungen bringt.

Erfolgsinstitutionen stärken und ausbauen

Die schweizerischen Institutionen und ihre Erfolgsrezepte werden von vielen Seiten bedroht: durch «Megatrends» wie die Globalisierung, durch systemimmanente Dynamik⁷, durch ihren eigenen Erfolg⁸ sowie durch Politiker und Interessengruppen, die sich selbst mehr und den Bürgern weniger Einfluss wünschen. Für die Zukunft der Schweiz ist es aber entscheidend, dass sie bewahrt und gestärkt werden. Und warum nicht ausgebaut – etwa indem das Erfolgsmodell der Rechnungsprüfungskommission aus der Gemeindepolitik auf die kantonale und nationale Ebene übertragen wird?

Alternativen für «alternativlose Politik» dank Gegenvorschlagskommissionen. Durch den beschleunigten technischen Fortschritt wächst die Dynamik der politischen Probleme. Die Schweiz muss deshalb immer schneller auf internationale Veränderungen reagieren, und das Verbleiben im politischen Status quo wird mit Verweis auf diesen Druck immer öfter als «alternativlos» gesehen und dargestellt. Damit wächst die Agendasetzungsmacht von Parlament und Regierung gegenüber dem Volk. Demokratie beruht aber darauf, dass die Bürger stets zwischen zwei realistischen Alternativen wählen können. Abstimmungen mit nur einer realistischen Option sind genauso undemokratisch wie Wahlen mit nur einem Kandidaten. Deshalb sollten auf Bun-

desebene und in den Kantonen Gegenvorschlagskommissionen nach dem Vorbild der kommunalen Rechnungsprüfungskommissionen eingerichtet werden, vom Volk nach dem Mehrheitsverfahren direkt gewählt. Diese Kommissionen haben die Aufgabe, Kritik an den Vorschlägen von Regierung und Parlament zu äussern und konkrete Gegenvorschläge zu entwickeln. Die Bürger stimmen dann über den Vorschlag der Regierung vs. denjenigen der Gegenvorschlagskommission vs. den Status quo ab. Die Wahl der Kommissionsmitglieder nach dem Mehrheitsverfahren mit mehreren Sitzen garantiert, dass sie sich konstruktiv um die Gesamtinteressen kümmern und dass die Kommission parteilich breit zusammengesetzt ist.

Die Politik leidet genauso an Marktversagen wie wirtschaftliche Märkte. Politikversagen ist sogar noch wahrscheinlicher, weil die Wähler keine harten Anreize haben, sich gut zu informieren und für die Vorlage zu stimmen oder die Politiker zu wählen, von denen sie wirklich eine Lösung der Probleme erwarten würden. Entsprechend haben auch die Politiker nur sehr schwache Anreize, für kluge gesellschaftliche Lösungen einzutreten. Aus dieser Falle permanenten Politikversagens helfen nur besonders kluge politische Institutionen. In vielerlei Hinsicht verfügt die Schweiz über diese Institutionen. Zugunsten einer aufgeklärten Politik in der Zukunft gilt es sie zu bewahren, zu stärken und Erfolgsmodelle auszubauen und weiterzuentwickeln. ◀

¹ Geoffrey Brennan und Loren Lomasky: *Democracy and Decision. The Pure Theory of Electoral Preference*. Cambridge: Cambridge University Press, 1997.

² Gebhard Kirchgässner, Lars Feld und Marcel Savioz: *Die direkte Demokratie: Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig*. Basel/München: Helbing und Lichtenhahn/Vahlen, 1999. John G. Matsusaka: *Public Policy and the Initiative and Referendum: a Survey with Some New Evidence*. In: *Public Choice* 174 (2018), S. 107–143.

³ Nach den üblichen Indizes für Dezentralisierung ist die Schweiz etwa gleich stark dezentralisiert wie die USA und Kanada. All diese Indizes sind aber nicht grössenbereinigt. Wird die Grösse der politischen Einheiten berücksichtigt, ist die Schweiz sehr viel stärker dezentralisiert als die USA und Kanada.

⁴ Reiner Eichenberger, Marco Portmann und David Stadelmann: *Gute politische Institutionen: Eine Neuinterpretation für die Schweiz*. CREMA Working Paper 2018-01. Bei Mehrheitswahlen mit mehreren Sitzen erhält jeder Bürger so viele Stimmen, wie es Sitze zu verteilen gibt. Er kann dann die Stimmen frei auf die Kandidaten verteilen, aber ohne zu kumulieren.

⁵ Gary W. Cox: *Centripetal and Centrifugal Incentives in Electoral Systems*. In: *American Journal of Political Science* 34 (1990), S. 903–935.

⁶ Mark Schelker und Reiner Eichenberger: *Auditors and Fiscal Policy: Empirical Evidence on a Little Big Institution*. In: *Journal of Comparative Economics* 38 (2010), S. 357–380.

⁷ Reales Wirtschaftswachstum bringt wegen der progressiven Steuern überproportional wachsende Steuereinnahmen. Deshalb müssen die Steuersätze permanent gesenkt werden, wenn die Staatsquote nicht explodieren soll. Das tun aber nur die Kantone und Gemeinden, hingegen nicht der Bund. Deshalb findet eine automatische Zentralisierung statt.

⁸ So bringt direkte Demokratie hohe Standortattraktivität und hohe Zuwanderung. Durch den hohen Anteil von Ausländern (er beträgt in der Altersgruppe der 30- bis 40-Jährigen über 40 Prozent) und damit Stimmrechtslosen verliert direkte Demokratie aber ihre integrierende Kraft.

Reiner Eichenberger

ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Fribourg und Forschungsdirektor von CREMA (Center of Research in Economics, Management, and the Arts).

Lehrmeister der Unvernunft

**Ausgerechnet an der Universität ersetzt das «richtige Bewusstsein»
das eigenständige Denken.**

von Norbert Bolz

Der moderne Konformismus des Denkens ist eine Konsequenz der Entmythologisierung, der Entzauberung der Welt¹ – also eine Nebenwirkung der Aufklärung. Wir sagen, was man sagt, weil wir uns nicht mehr vom Gesetz, der Sitte und der Tradition getragen fühlen. Dieser für die moderne Welt so charakteristische Ordnungsschwund führt also geradewegs zum Konformismus. Denn wenn es keine verbindlichen Traditionsvorgaben mehr gibt, neigen die meisten dazu, zu denken, was die meisten denken. Die Emanzipation der Vernunft hat uns zu Sklaven des Mainstreams gemacht. Man kann es auch so sagen: Die Emanzipation der Vernunft von der Tradition hat ein Orientierungsvakuum geschaffen, das die Gewalt des Zeitgeists unwiderstehlich macht. Um uns diesen Konformismus schmackhaft zu machen, verkauft man ihn als sein Gegenteil: Individualisierung. Alle reden von Individualität, Diversität und Selbstverwirklichung – und alle denken dasselbe. So entsteht der Konformismus des Andersseins.

In einem über Jahrzehnte hinweg stabilen Selbstmissverständnis haben sich die kritischen, linken Bewusstseine für «anders» gehalten, d.h. für unbestechlich durch die Lockungen des Konsums und immun gegen den Zeitgeist. Doch gerade sie sind Konformisten des Andersseins. Der Linksintellektuelle macht Abweichung zum Business; seine Positivität ist die Negativität. Er beherrscht das Marketing des «Anti». Früher war er Salonsozialist. Heute tritt der Kritiker und Aktivist als Celebrity der Talkshows auf. Die Negation steht ihm gut.

Hofierte Störenfriede

Man kann leicht zeigen, wie die moderne Gesellschaft in den letzten 150 Jahren durch permanente Gesellschaftskritik immun ge-

gen Kritik wurde.² Seither ist «kritisches Bewusstsein» ein Markenartikel, den man in jedem Bewerbungsgespräch präsentieren muss. Wer heute für oder gegen XY demonstriert, darf damit rechnen, dass ihm die Adressaten des Protests wohlwollend auf die Schulter klopfen und sich mit dem Protestanten solidarisch erklären. Bei Fridays for Future haben wir das gerade wieder erlebt. Das Wort, das Christian Wernicke einmal für die Non Governmental Organizations geprägt hat, passt auch hier wunderbar: «die hofierten Störenfriede». Jeder hat sie gern.

Wenn wir nun etwas tiefer bohren, stossen wir auf Nietzsche, den Vollender der Aufklärung. Er hat erstmals die Wissenschaft als solche kritisiert. Was hat sie uns zu bieten, wenn moderne Wissenschaftlichkeit heisst: Ende der Gewissheit, Relativismus, Werteverzicht – oder in der berühmt gewordenen Formel von Paul Feyerabend: anything goes? Nach dem Zweiten Weltkrieg hat man dann in den Universitäten von Frankfurt und Paris die nihilistischen Konsequenzen gezogen. Die Frankfurter Schule um Horkheimer und Adorno kultivierte den Negativismus als Denkstil. Die kulturkritische Diagnose angesichts des Faschismus lautete: Die bürgerliche Aufklärung ist in Mythos umgeschlagen. Deshalb trugen die Salonsozialisten an den Universitäten Antibürgerlichkeit zur Schau. In Paris wurde wenig später die «Dekonstruktion» erfunden, eine Art Umwertung aller abendländischen Werte, so wie sie Nietzsche vorgedacht hat.³ Dem Frankfurter Antifaschismus entsprach in Paris der Antikolonialismus.

All das hatte immerhin noch ein gewisses intellektuelles Format. Was sich nun aber seit der Revolte der 68er mit den Linksintellektuellen an den Universitäten getan hat, lässt sich auf eine einfache Formel bringen: Das «krische Bewusstsein» ist zur politischen

Korrektheit mutiert. Der kürzlich verstorbene Berliner Philosoph Peter Furth, der die linke Universitätsszene wie kein zweiter kannte, hat in seiner brillanten Abschiedsvorlesung den hier entscheidenden Zusammenhang benannt: Politische Korrektheit ist die Macht des Konformismus, die andere zum Heucheln zwingt. Seither sind Bussrituale und Selbstbeichtigungen an der kulturellen und politischen Tagesordnung.⁴

Bekanntlich haben die Grünen das Erbe der Studentenbewegung angetreten. Ihr Erfolgsgeheimnis liegt darin, dass sie den Negativismus der Kritik durch eine politische Theologie ersetzt haben: das Narrativ von der Rettung der durch Umweltverschmutzung und Klimakatastrophe bedrohten Erde. Das verspricht neuen Halt inmitten des nihilistischen Strudels. Und das ist durchaus stilbildend geworden. Zunehmend verdrängen Narrative der Identität die wissenschaftliche Wahrheit, die eben nicht tolerant ist. Flankiert werden sie von der Sprachpolizei der Political Correctness.

Identität über alles

Die beste Definition der politischen Korrektheit findet sich schon in Thomas Manns «Betrachtungen eines Unpolitischen»: «die Auferstehung der Tugend in politischer Gestalt, das Wieder-möglich-Werden eines Moralbonzentrums sentimental-terroristisch-republikanischer Prägung, mit einem Worte: die Renaissance des Jakobiners». Luther predigte noch spirituelle Freiheit in politischer Knechtschaft; wir haben heute spirituelle Knechtschaft in politischer Freiheit. Der politischen Korrektheit geht es nicht darum, eine abweichende Meinung als falsch zu erweisen, sondern den abweichend Meinenden als unmoralisch zu verurteilen. Man kritisiert abweichende Meinungen nicht mehr, sondern hasst sie einfach. Wer widerspricht, wird nicht widerlegt, sondern zum Schweigen gebracht.

In Kürze

Aufklärerische Ideen werden heute von Teilen des Universitätsbetriebs torpediert. Die grassierende Political Correctness befördert einen Konformismus, der im Mantel des Antikonformismus daherkommt.

Universitäten entfernen sich von ihrer Kernaufgabe, der Vermittlung von Wissen. Der freie Markt der besten Ideen wird ersetzt durch ein Denken in den Kategorien von Identität und Gruppenzugehörigkeit.

Das ist nicht nur rückschrittlich, sondern auch ein Verrat an der Institution Universität: Sie soll Studenten gegen Dogmen immunisieren und nicht selbst indoktrinieren. (mm)

So ist es den Linken zunächst an den Universitäten, dann aber auch in den Parlamenten und Redaktionen gelungen, durch Wortpolitik und Sprachtabus eine absolute Diskurshoheit zu etablieren. Die neuen Jakobiner mobilisieren Zauberwörter wie «Multikulturalismus», «Respekt» und «Diversität». Diese Begriffe leben davon, dass sie undurchdacht bleiben. Denn nur wenn es eine Leitkultur gibt, kann man multikulturell eingestellt sein. Man kann nicht tolerant sein, wenn man keine eigenen Werte zu verteidigen hat. Man kann nicht offen sein, wenn man nicht selbstbewusst ist. Ich stehe zu meinen Überzeugungen – im vollen Bewusstsein der Alternativen. Und ich muss nicht respektieren, was ich toleriere. Toleranz ist nämlich das Klima der Koexistenz von Andersgläubigen. Friedliche Koexistenz gibt es nur durch Verzicht auf Konsens. Das müsste einem schon der gesunde Menschenverstand sagen – doch der wird in der Kultur der politischen Korrektheit zum Schweigen gebracht.

Der Exorzismus der Aufklärung konnte die Gespenster nur vertreiben, indem er zugleich den Geist austrieb. Wenn das die Tragödie der Aufklärung war, dann wiederholt sie sich heute in der Farce, dass viele Wissenschaftler den Geist verraten, um Karriere zu machen. Statt nach der Wahrheit zu suchen, beraten sie Politiker. Gerade bei Themen wie Klima und Migration erweisen sie sich gerne als regierungsnahen Aktivisten. Aber Wissenschaftler, die warnen und mahnen, sind keine. Man könnte sie Gefälligkeitswissenschaftler nennen. Zusammen mit den «Schneeflocken», den hysterischen, hypersensiblen Studenten der Greta-Generation, zerstören sie die Universität. Charakteristisch für diese «Schneeflocken» ist die Arroganz der Schwachheit, ein aggressiver, selbstgerechter Moralismus. Unduldsame moralische Überlegenheit und die hohe Kunst des Beleidigtseins formen den autoritären Charakter von heute.

An dem typischen Campusphänomen der politischen Korrektheit kann man sehen, dass heute nicht mehr die Wissenschaft verfolgt wird, sondern sie selbst die Verfolgung des häretischen Geistes organisiert. Auch an Universitäten darf man heute dumm sein, aber man darf nicht von der Parteilinie abweichen. Viele Professoren reagieren darauf mit innerer Emigration oder der Flucht in die ausseruniversitäre Reputation. Zumeist verwirklicht der Professor dann seine akademische Freiheit als Bockigkeit.

Studenten und Professoren haben vor allem an geisteswissenschaftlichen Fakultäten heute eine gute Chance, in ein Treibhaus der Weltfremdheit hineinzugeraten. Man muss nicht mehr erwachsen werden, man wird emanzipiert. Das ist vielleicht die schwerste Folge der Studentenbewegung. Sie wiederholt sich heute als die Farce der politischen Korrektheit. Ihr «Diskurs» setzt sich zusammen aus «Demobürokratie» (Niklas Luhmann) und Sprachhygiene, aus Moralismus und Heuchelei, aus Sozialkitsch und einer politisch gefährlichen Perversion der Toleranz.

Parteigeist erstickt Wahrheit

Eine Gesellschaft, die sich weder an Religion noch an bürgerlicher Tradition und gesundem Menschenverstand orientieren kann,

«Man kritisiert abweichende Meinungen nicht mehr, sondern hasst sie einfach. Wer widerspricht, wird nicht widerlegt, sondern zum Schweigen gebracht.»

Norbert Bolz

wird zum willenslosen Opfer eines Tugendterrors, der in Redaktionen und Antidiskriminierungsämtern, aber vor allem an den Universitäten ausgebrütet wird. Man darf ihn übrigens nicht offiziell als politische Korrektheit ansprechen – das wäre politisch unkorrekt. Alan Charles Kors und Harvey A. Silverglate haben in ihrem eindrucksvollen, beklemmenden Report über den akademischen Verrat an der Freiheit, «The Shadow University», die heutige Universität als den grössten Feind der freien Gesellschaft bezeichnet, weil sie die Studenten nicht mehr als Individuen, sondern als Verkörperungen von Gruppenidentitäten behandelt und sie entsprechend in Gruppenrechten unterrichtet.

Die politisch Korrekten haben den Politikern erfolgreich einge-redet, Universitäten seien pluralistische Institutionen, die nach Proporz und Quote besetzt werden müssten. Das neue Stichwort «Diversity» heisst nämlich nichts anderes als: Bevorzugung bestimmter politisch organisierter Gruppen, die Erhöhung von Gruppenanteilen. Der modische Relativismus und die Diversity-Forderung wirken an Universitäten besonders verheerend, denn die Wahrheit ist nicht tolerant. An den Universitäten hat der Parteigeist das Interesse an Wahrheit erstickt.

Diversität, der neue Kulturbegriff aller politisch korrekten Behörden und Universitäten, bedeutet im Klartext Konformismus. Wir haben es hier mit einer schlichten Umkehrung des Kulturchauvinismus zu tun. Der Westen gilt nichts, Asien und Afrika sind Vorbilder. Diversität heisst also: alle minus eins. Und dieses eine ist die westliche Kultur der weissen Männer. So wird das Anderssein zur Zwangsjacke. Politische Korrektheit ist Aufklärung als Farce: Du sollst keine Vorurteile haben! Alle sind gleich verschieden! Dabei schliessen sich die Zeithorizonte wie bei Nietzsches Tieren, die an den Pflock des Augenblicks angekettet sind. Alles, was der Kultur der politischen Korrektheit historisch vorausging, gilt nun als reaktionär.

Zwei gut gemeinte Utopien des 20. Jahrhunderts haben die europäische Universität zerstört. Da gab es zunächst die erstmals

durch die Studentenbewegung vorgetragene Utopie von innen, nämlich die Demokratisierung von Lehre und Forschung durch Mitbestimmung und Gruppenuniversität. Es zeigte sich aber sehr rasch: Mehr Demokratie wagen heisst, mehr Bürokratie in Kauf zu nehmen. In allen Lebensbereichen erzeugt mehr Demokratie mehr Bürokratie, weil sich die Leute über ihre Ansprüche definieren, die der Staat als Rechte schützen soll.

An der Universität zeigen sich diese Probleme der Demokratie in grösster Deutlichkeit, und zwar, neben der Bürokratie, vor allem an Mittelmässigkeit und Verlogenheit. Selbstverwaltung hatte das Ziel der Autonomie, aber zum Ergebnis die Bürokratie. Dem politischen System ist das durchaus recht. Denn die Ministerialbürokratie hat sich in den Universitäten mit der «Selbstverwaltung» einen Ansprechpartner geschaffen, mit dem man flüssig kommunizieren kann. Der einzelne Professor mit seinem Eigensinn kann hier nicht mehr störend dazwischenkommen.

Die zweite gut gemeinte Utopie, die die deutsche Universität zerstört hat, ist eine Utopie von aussen und heute an die schöne Stadt Bologna geknüpft. Gemeint ist die europānormierte Technisierung von Lehre und Forschung durch Module und Projekte. An der Idee Humboldts gemessen handelt es sich hier ganz schlicht um eine Verstaatlichung des Geistes. Und da sich die Forschung zumal eines Geisteswissenschaftlers nicht so gut organisieren und überwachen lässt wie die Lehre, erklingt überall die Einschüchterungsvokabel «Drittmittel». In der Tat verwandelt sich die Universität immer deutlicher in eine Welt der Drittmittel und der Gefälligkeitsgutachten. Wie heisst es doch in Ernst Jüngers Roman «Heliopolis»: «Den Professoren wird das Apportieren beigebracht.»

Wer sind die Gewinner des Bologna-Prozesses? Zu den Gewinnern gehören die Verwaltung, deren Bedeutung ins Groteske angewachsen ist, und die Wissenschaftsfunktionäre in den Gremien. Gewinner sind aber auch die Professoren, die lieber Lehrer sein möchten, und die Studenten, die lieber Schüler bleiben wollen. Ver-

klärt wird das Ganze durch die konsumistische Rhetorik vom Studenten als Kunden. Den Hauptgewinn aber streichen die politisch Korrekten ein. Denn die ideologische Färbung eines Bewerbers wiegt viel schwerer als seine Qualität. Vor allem die Freiheit der Berufung ist durch die Gleichstellungspolitik und Quotierung radikal beschnitten worden. Im Grunde weiss das jeder, der an einer Universität tätig ist. Aber man kann es nur hinter vorgehaltener Hand sagen, solange man noch Karrierepläne hat.

Wer dieses düstere Bild überzeichnet findet, wird zu Recht darauf hinweisen, dass es sich hier vor allem um Exzesse in den Geistes- und Sozialwissenschaften handelt. Und in der Tat: «Toleranz» wird es in der Mathematik nicht geben; das «Gender Mainstreaming» wird in der Astrophysik keine Auswirkungen haben; und «Diversity» wird die Investitionsrechnung der Betriebswirtschaftslehre nicht verändern. Deshalb kann man vermuten, dass intelligente junge Leute, die sich nicht vom Zeitgeist versklaven lassen, zunehmend in die harten Studienfächer gehen werden, die in Amerika «Sciences» genannt werden – echte Wissenschaften. Die «Humanities» überlässt man dem Wahnsinn. ◀

¹ Gemeint ist natürlich Max Webers berühmte These über die Rationalisierung unserer Welt durch Wissenschaft, die uns die Gewissheit gegeben hat, dass alles durch Berechnen beherrscht werden kann. Seither aber leben wir in der schmerzlichen Spannung zwischen einer in einen kausalen Mechanismus verwandelten Welt und der Forderung einer ethisch sinnvoll orientierten Ordnung. Vgl. dazu vor allem Webers Rede «Wissenschaft als Beruf».

² Man denke nur an die europäische Tradition der Antibürgerlichkeit von Nietzsche bis zu den 68ern, an den Salonsozialismus der Neomarxisten (Frankfurter Schule) und die edlen Biotope der Linksinтеллектуellen in Universitäten und Redaktionen.

³ Jacques Derridas mittlerweile weltweit beliebter Begriff «Dekonstruktion», dessen Sex-Appeal ja darin besteht, dass er Destruktion und Konstruktion zusammen denkt, erhebt den Antikolonialismus ins Philosophische: Alle abendländischen Werte werden deklassiert, alle westlichen Errungenschaften in Frage gestellt. Athen und Rom sind unwichtig, nur die indigenen Kulturen und ihre Lebensformen zählen.

⁴ Furth war zunächst ein Exponent der neomarxistischen Linken an der Freien Universität Berlin, bevor er begann, an einer Genealogie dieser Linken zu arbeiten. Seine Abschiedsvorlesung «Heuchelei und moralische Weltanschauung» findet sich in: Norbert Bolz (Hrsg.): Wer hat Angst vor der Philosophie? München: Fink, 2012. Vgl. dazu auch die Trauerrede «Denker der Ernstfälle (Arbeit» und «Tod» von Andreas Lombard. In: Cato, Heft 5/2019.

Norbert Bolz

ist emeritierter Professor für Medienwissenschaften an der Technischen Universität Berlin und freier Publizist. Zuletzt veröffentlichte er «Zurück zu Luther» (Fink, 2016).

Anzeige

Hier lässt es sich richtig gut entspannen.
...das ist der Blick vom See auf Ihr Appartement.

Ein aussergewöhnliches Appartementshotel, grosszügig und komfortabel, ausgestattet mit besonderen Kunst- und Designobjekten. Die Sammlung schweizerischer Tourismusplakate wird Sie begeistern. Die Lage direkt am malerischen Weissensee mit herrlicher Sicht auf die Berge ist einmalig. Die Autorenschrift „Schweizer Monat“ liegt in jedem Appartement aus.

Ferienwohnungen mit Balkon direkt am Weissensee im Allgäu, nahe Schloss Neuschwanstein, mit Schwimmbad, Sauna, Wellness, Kinderclub, Frühstücksbuffet, Restaurant, Tiefgarage.

Seespitz
Ihr freundliches Haus direkt am Weissensee

Hoi Allgöi
aus dem Allgöi für das Allgöi

Appartementshotel Seespitz
Prfontener Str. 45
87629 Füssen-Weissensee
Deutschland
Telefon +49 83 62/388 99
Telefax +49 83 62/388 90
E-Mail info@seespitz.com
www.seespitz.com
www.allgoi.com
Aktionär der SMH AG

Wer fühlt, hat recht

Zahlen, Daten und Fakten sind kühl und unnahbar. Viel einfacher ist es, auf das eigene Gefühl zu vertrauen. So baut sich heute jeder seine eigene Realität zusammen. Das ist nicht nur antiaufklärerisch, es torpediert auch den Diskurs.

von Cora Stephan

«**A**ufklärung» ist eine Erfindung toter weisser Männer. Schluss damit. Gehen Sie weiter, es gibt hier nichts zu klären! Höchstens zu fühlen. Wer fühlt, hat recht. Und wer betroffen ist, bestimmen die Betroffenen. Noch Fragen?

Na ja, vielleicht habe ja auch ich das bloss gefühlt: dass es einmal eine Zeit gegeben hat, in der Entrüstung nicht als politische Kategorie galt, als es sogar ab und an um Sachfragen ging und als Politiker die Welt mit ihrem Privatleben und ihren Gefühlen verschonten. Asche und Staub: Seit der Wahlkampf auf permanent gestellt ist und Spindoktoren verkünden, dem Wähler sei mit Gefühlen, nicht mit Argumenten zu kommen, sieht man von Sachen und den mit ihnen verbundenen Fragen besser ab.

Selbst der Wetterbericht kommt uns nicht mehr mit kalten Zahlen und harten Fakten. Da draussen mögen drei Grad Celsius gemessen werden, aber «geföhlt» sind es zwei Grad minus. Und das Klima – lediglich eine statistische Sicht auf Wetterdaten der Vergangenheit – hat mittlerweile Subjektstatus und muss geschützt, gerettet, bewahrt werden.¹ Eine Zahl retten? Darauf muss man erst mal kommen. Märchenhaft.

Für andere Zahlen gilt das nicht. Hat Angela Merkel einst die durchaus vernünftigen Pläne einer Steuerreform ihres «Professors aus Heidelberg» aufgegeben, weil die Zahlen und Fakten nicht ge-

nug Wärme ausstrahlen? Schon möglich. Beinahe hätte sie 2005 die Wahl gegen Gerhard Schröder verloren, der mit einer Kampagne mit dem sinnigen Namen «Wärmestrom» gegen die «Eiskönigin» anging.² Seither widmet sich Frau Merkel mit nunmehr heissem Herzen nicht mehr innenpolitischen Belangen, sondern der Rettung der Welt. Damit kann man nichts falsch machen.

Seit sie vom «femininen Prinzip» reden gehört und es für sich zu nutzen gelernt haben, versichern Politikerinnen gern, dass Zahlen, Fakten, Daten kalt, also männlich seien. Bei den öffentlichen Debatten um Thilo Sarrazins Buch «Deutschland schafft sich ab» im Jahr 2010 lautete das Hauptargument vieler der beteiligten Frauen, Sarrazins «Hantieren» mit Zahlen und Statistiken sei «unmenschlich» und «geföhlskalt». Für mich war das der Kulminationspunkt des «Betroffenheitskults».³ So führt das, was den Frauen nachgesagt wird – ihre grössere Fähigkeit zu Empathie –, politisch gewendet zu einer Ablehnung all dessen, was Sache ist. Das ist praktisch, denn wenn Zahlen und Daten, wenn faktische Aussagen nichts gelten, kann man sich die Wirklichkeit so zurechtschnitzen, wie es dem eigenen Gefühl entspricht – oder dem, was man der umworbenen Klientel unterstellt.

Halt! Wirklichkeit – ist das nicht ein Konstrukt? Wahrheit – ist die nicht relativ?



«Worauf will man sich noch einigen, wenn ‹Ich fühle das anders als du› das entscheidende Argument geworden ist?»

Cora Stephan

«Persönliche Betroffenheit ist weder kompromiss- noch politikfähig.»

Cora Stephan

In seinem neuen Buch zitiert der britische Publizist Douglas Murray amerikanische Studenten an Universitäten und Colleges ausführlich und mit erschreckenden Botschaften, etwa: Die Wahrheit sei «ein Konstrukt des westlichen Europa» und Objektivität heisse, «unterdrückte Völker zum Schweigen zu bringen».⁴ In anderen Worten: «Don't tell me about facts. I don't need no facts.»⁵ Jedenfalls nicht dann, wenn man sich als Teil eines unterdrückten Volkes fühlen darf. Oder überhaupt als Opfer. Dann ist alles erlaubt.

In einer Märchenwelt ist nichts unmöglich. Auch nicht, dass ein junges Mädchen die Mächtigen der Welt für ihr Unglück verantwortlich macht und diese sie dafür auch noch beklatschen. Oder dass ein Mensch, der weder männlich noch weiblich ist, was überaus selten vorkommt, darauf bestehen darf, dass amtlicherseits künftig ein «drittes Geschlecht» vorgesehen wird. Das kann man sensibel nennen oder auch übertrieben. Und dass ein Mann nach einer Geschlechtsumwandlung im Leistungssport gegen Frauen konkurriert und gewinnt, wie im Fall der alle Mitspielerinnen überragenden Basketballspielerin Gabrielle Ludwig⁶, zeigt zwar, dass der Unterschied zwischen Mann und Frau nicht nur den Hormonen geschuldet ist. Aber in die Märchenwelt passt es.

Unerhörte Wünsche gehen in Erfüllung. Das Leben ist ein Roman, und die Politik ist Literatur. Denn in der Literatur geht es ja nicht ums Allgemeine, um Strukturen und Verhältnisse, um, ja, Sachverhalte, sondern um das Individuum, um das, was es erleidet, worüber es siegt und wie es sich fühlt dabei. Was also geschieht, wenn Politik sich der Literatur anverwandelt? Wenn Wirklichkeit nur noch das ist, was ich empfinde – und was keiner nachvollziehen kann, der nicht in meiner Haut steckt?

Persönliche Betroffenheit ist weder kompromiss- noch politikfähig. Die gemeinsame Sprache verschwindet mitsamt der

Realität, denn worauf will man sich noch einigen können, wenn «Ich fühle das anders als du» das entscheidende Argument geworden ist?

Wer die Forderung nach «Parité» für Frauen im Bundestag für eine Frage der Gerechtigkeit hält, sollte das bedenken: Parität hiesse ja nichts anderes, als dass nur Frauen die Interessen von Frauen vertreten können. Ich bestreite das nicht nur aus persönlichen Gründen.

Richtig: Im Deutschen Bundestag sind gerade mal gut 30 Prozent der Abgeordneten weiblich. Doch ist, erstens, ein Parlament kein Lobbyverein oder eine Stammesversammlung, wo jede Interessengruppe Anspruch auf Sitz und Stimme hat. Zweitens steht es in Deutschland jeder Frau frei, einer Partei beizutreten, das ist gemeinhin der Weg ins Parlament. Bereits heute aber gibt es mehr weibliche Mandatsträger im Bundestag, als ihrem Anteil in den dort vertretenen Parteien entspricht.⁷ Doch wer nachrechnet, das wissen wir ja nun, verhält sich «unmenschlich» und «gefühlskalt».

In den USA mag man weiter sein als bei uns, aber wir holen auf. Viele glauben, dass CO₂, also Kohlenstoffdioxid, ein «Umweltgift» sei – statt Pflanzennahrung. Und wenn man sie fragt, wie hoch der Anteil von CO₂ an der Atmosphäre sei, überschätzen ihn die meisten (er liegt bei rund 0,04 Prozent). Ähnlich verhält es sich, wenn es um die Unterdrückten und Geknechteten geht. Dass auch heute noch die afroamerikanische Bevölkerung der USA massiv unterdrückt wird, glauben viele – auch, dass sie bei der Besetzung von Hollywoodfilmen übersehen wird. Entsprechend lauten die Schätzungen des Anteils von Schwarzen an der US-Bevölkerung, viele sehen ihn bei 30–40 Prozent. Der tatsächliche Anteil liegt bei geschätzten 14 Prozent.⁸

Vielleicht handelt es sich um ein Phänomen, das Nassim Nicholas Taleb⁹ beschreibt: Eine von ihrer Sache fanatisch überzeugte Minderheit könne extrem mächtig sein. Es brauche nur ein paar aggressive «Aktivisten», und schon gebe die gutwillige Mehrheit nach. Auf diese Weise kann man Speisepläne verändern, Bücher verbieten, Leute auf eine schwarze Liste setzen, die Meinungsfreiheit an unseren Hochschulen aushebeln. Oder auf Rassismus mit Rassismus antworten: An amerikanischen Universitäten werden mittlerweile dank der Begünstigung von Afroamerikanern begabtere Asiaten diskriminiert.

In Deutschland aber kennt Humanität keine Obergrenzen. Das Gefühlsechte weiss nichts von Zahlen und Statistiken oder Relationen, und bei «Betroffenheit» verbietet es sich, nachzurechnen, wer und wie viele denn überhaupt betroffen sind von dieser oder jener gerechtigkeitsspendenden politischen Massnahme.

War es wirklich so skandalös, als vor einigen Jahren eine Abgeordnete der AfD im Thüringischen Landtag die Frage stellte, auf wie viele Personen relativ zur Bevölkerung sich das im Koalitionsvertrag festgeschriebene Programm zur Beförderung der Akzeptanz und Gleichstellung aller Lebensweisen denn bezöge?

Empörungsspezialisten verorteten die Frage umgehend im braunen Sumpf – die AfD-«Rechte» wolle wohl Homosexuelle «registrieren» lassen.¹⁰

Mag ja sein, dass hinter der Frage auch unlautere Motive steckten, aber es müsste doch eigentlich selbstverständlich sein, offenzulegen, wie gross der Personenkreis ist, für dessen Wohlergehen Steuergelder ausgegeben werden.

Ein noch schöneres Beispiel ist das Theater um ein angeblich «drittes Geschlecht». Das soll nun in allen Stellenanzeigen berücksichtigt werden («Gesucht: Mitarbeiter*in m/w/d»), Behördenformulare müssen dafür geändert werden, in Hannover sollen die städtischen Mitarbeiter «geschlechtsumfassend» formulieren, und wer sich divers fühlt, darf sich das nun auch behördlich bescheinigen lassen. Separate Toiletten für dieses Geschlecht – und alle weiteren 54? – sind vielerorts im Gespräch; selbst in Grundschulen, also bei Sechs- bis Zwölfjährigen, soll es eine dritte Toilette geben, denn die Schüler sollen sich «stolz mit dem dritten Geschlecht identifizieren» dürfen.¹¹

Das kostet. Aber wollen wir kleinlich sein bei etwa 160 000 betroffenen Menschen unter 82 Millionen (0,2 Prozent), die weder Mann noch Frau sind und sich der heterosexuellen «Norm» nicht unterordnen wollen?

Doch von 160 000 Betroffenen ist mittlerweile nicht mehr die Rede. Martin Spiewak hat für die «Zeit» nachgefragt: In den elf grössten deutschen Städten haben nur 20 Personen beantragt, ihren Eintrag ins Geburtenregister auf «divers» ändern zu lassen. Der Kreis der Betroffenen liegt also womöglich näher bei 0,002 Prozent als bei 0,2 Prozent der Bevölkerung. (Transsexuelle, im übrigen, ordnen sich eindeutig einem der beiden Geschlechter zu, was ja naheliegt.) Das ganze Spektakel verdankt sich guter Lobbyarbeit einer ziemlich winzigen Minderheit.¹²

Dass es in der Politik vor allem Gefühl und Wärme brauche, ist eine Behauptung, die nun schon seit Jahrzehnten umgeht. Doch manch einer hätte stattdessen womöglich lieber so un-

sinnliche Dinge wie eine funktionierende Infrastruktur und mehr von jener Ingenieurskunst, für die Deutschland einst bekannt war.

Doch wo Zahlen und Fakten verpönt sind und die weibliche Politik der offenen Herzen und offenen Taschen nicht nachrechnen will, sind Tugenden toxischer alter weisser Männer nichts mehr wert. Deutschland ist heute das Land, das keinen Grossflughafen mehr bauen kann. Technik und Wissen wird misstraut. Stattdessen treibt eine neue Religion, die dem «Klima» huldigt, die Regierungen vor sich her. «Aufklärung» war gestern. ◀

¹ Professor Klaus D. Döhler, eifelon.de/region/klimawandel-ein-professor-analyziert-die-situation.html?fbclid=IwARoofYlhE3T-MJ4UFtFPTG-z-mG7JlgfmRTpX-fO6cekrXJwppTnxaGRLQz8

² Cora Stephan: Angela Merkel. Ein Irrtum. München, 2011, S. 29.

³ ... dem ich 1993 ein ganzes Buch gewidmet habe, das sich mittlerweile als einigermaßen prophetisch erweist. Cora Stephan: Der Betroffenheitskult. Reinbek, 1993.

⁴ Douglas Murray: Wahnsinn der Massen. Wie Meinungsmache und Hysterie unsere Gesellschaft vergiften. München, 2019, S. 177 f.

⁵ Zitiert nach dem Original: The Madness of Crowds, S. 136.

⁶ <https://culturallyboundgender.wordpress.com/2014/06/19/all-the-things-you-cant-deny-title-ix-trans-women-and-the-reality-of-neutrality/>

⁷ Geht man nach dem Prozentsatz der weiblichen Parteimitglieder, dann entsenden nur die CDU, die FDP und die AfD weniger Frauen ins Parlament: Die CDU liegt mit 9 Mandatsträgerinnen zurück, AfD und FDP mit einer. Die CSU entsendet immerhin eine, die SPD 15, Linke und Grüne je 12 mehr.

⁸ www.bpb.de/izpb/181064/gesellschaftsstruktur-der-usa?p=all

⁹ Nassim Nicholas Taleb: Das Risiko und sein Preis. Skin in the Game. München, 2018.

¹⁰ www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/anfrage-von-corinna-herold-afd-will-homosexuelle-in-thueringen-zaehlen-lassen/12438312.html

¹¹ taz.de/Toilette-fuer-Trans--und-Intermenschen/!5572573/

¹² www.zeit.de/2019/20/drittes-geschlecht-intersexualitaet-gender-gleichberechtigung-personenstandsrecht

Cora Stephan

ist Publizistin und Schriftstellerin. Sie schreibt als freie Autorin für zahlreiche deutschsprachige Zeitungen und Zeitschriften, 1993 erschien ihr vielbeachtetes Buch «Der Betroffenheitskult. Eine politische Sittengeschichte» (Rowohlt), 2011 «Angela Merkel. Ein Irrtum» (Knaus). Stephan lebt in Ilsdorf (D) und in Laurac-en-Vivarais (F).

Anzeige

Familie Zahner | 8467 Truttikon
052 317 19 49 | www.zahner.biz | zahner@swissworld.com



Fr. 20.—

Truttiker Pinot Noir Barrique

½ neues Holz (Allier, Vosges)

Befreit euch aus der digitalen Knechtschaft!

Das Individuum muss den technologischen Fortschritt gestalten, nicht umgekehrt. Sonst geraten die Errungenschaften der Aufklärung unter die Räder der Geschichte. Ein Plädoyer.

von Daniel Domscheit-Berg

Gab es je eine bessere Chance auf wirkliche Aufklärung als heute? Durch das digitale Zeitalter und die Vernetzung sind Menschen näher zusammengerückt als je zuvor. Knapp 500 Millisekunden über die Datenautobahn trennen den ärmsten vom reichsten Menschen der Welt. Viele von uns tragen ein Smartphone mit sich herum, das weit mehr als die 100fache Rechenleistung der gesamten Apollo-11-Mission bereitstellt und uns Zugang bieten könnte zum gesamten Wissen unserer Zivilisation. Ich bin überzeugt davon, dass es kein grosses Problem auf dieser Welt gibt, das zu lösen wir nicht imstande wären. Es gibt nichts, was wir nicht lernen könnten, keinen Horizont, der uns verschlossen bleiben müsste. Kaum ein Leid, das wir nicht abzuschaffen imstande wären.

Doch was haben wir daraus gemacht? Egal, wie nah oder fern wir uns umschaun, der Zeitgeist ist ein ganz anderer. Wir sind irgendwo komplett falsch abgebogen und auf einen Holzweg gelangt, der uns nicht vorwärtsführt, sondern rückwärts. Es ist nicht nur unheimlich schwer, das einzugestehen. Wir scheinen auch nicht in der Lage zu sein umzudrehen. Doch diese beiden Leistungen wären überlebenswichtig für unsere Spezies, sie machen im Kern Aufklärung aus. Denn was ist Aufklärung anderes als die Überwindung aller den wünschenswerten Fortschritt behindernden Strukturen durch rationales Denken? Nicht weniger darf unser Ziel sein. Doch das einzige Handbuch, das wir als Zivilisation haben, ist die Geschichtsschreibung.

Der Mensch als Schöpfer seiner selbst

Fast die gesamte Zeit der Entwicklung unserer Art, seit nunmehr fast 300 000 Jahren, stand die Gemeinschaft im Fokus, nicht aber einzelne Individuen. Herrschaftsfamilien und religiöse Führer erhoben sich über den Rest der Welt und prägten die Geschichtsschreibung. Doch die Zeiträume der biologischen, gesellschaftlichen und technologischen Veränderungen sind seither immer enger geworden. Vor weniger als 600 Jahren wurde der Buchdruck erfunden, eine radikale Zäsur in unserer Geschichte und Meilenstein in der Demokratisierung des Wissens. Die Welt vor dem Buchdruck ist für uns ebenso unvorstellbar wie heute eine Welt ohne Internet für jeden jungen Menschen. Die Kommunikationsrevolution des Buchdrucks erlaubte zunehmend auch denen, die nicht zu einer kleinen Elite gehörten, lesen und schreiben zu lernen und damit potentiell Akteure des Weltgeschehens zu werden. Mit dieser Reflexion begann das Zeitalter des Individuums. Aber nicht nur das. Es dauerte kaum mehr als 60 Jahre vom Druck der ersten Gutenberg-Bibeln bis zum Druck des ersten Gegenentwurfs dazu durch Martin Luther im Jahre 1517.

Durch den Buchdruck konnte in Gestalt von Luthers Thesen erstmals eine Gegenerzählung nennenswerte Verbreitung finden. Die Neuauslegung der Heiligen Schrift zwang den Menschen dazu, beim Glauben den Kopf zu benutzen. Der Blick auf die Alternative und die damit verbundene Neugier liessen den Menschen seither nie wieder los und führten die westliche Welt in das Zeital-



«Wir müssen der Komplexität unserer Zeit mit einer radikalen und systematischen Transparenz entgegentreten.»

Daniel Domscheit-Berg

Daniel Domscheit-Berg, fotografiert von Christopher Morris / VII / Redux / laif.

ter der Aufklärung. Keine zweihundert Jahre nachdem Martin Luther seine Thesen an die Tür der Schlosskirche von Wittenberg genagelt hatte, traten unsere Vorfahren aus dem Dunkel des Mittelalters ins Licht, verabschiedeten sich von der Ungewissheit des Glaubens und entdeckten die Gewissheit des Wissens.

So wurde die Aufklärung zur Grundlage für unzählige Neuerungen: Im Lauf des 18. Jahrhunderts gelang – neben einer Vielzahl vorwiegend mechanischer Erfindungen – mit der Dampfmaschine ein Durchbruch in der Energieproduktion. Auf einmal konnte all das Wissen nicht nur im industriellen Massstab vervielfältigt, sondern auch auf Eisenbahnen verladen und in die Bahnhöfe Europas verbracht werden. Das Wissen war mobil geworden. Diese drei Revolutionen in Kommunikation, Energieproduktion und Logistik führten uns im späten 18. und im 19. Jahrhundert in die erste industrielle Revolution, durch welche innerhalb von weniger als 150 Jahren kein Stein auf dem anderen blieb. Die technische Revolution brachte zudem das soziale Gefüge in Bewegung: Macht wurde umverteilt, Monarchien beendet, Republiken gegründet, Kapital in den Händen Industrieller konzentriert. Aber auch Gewerkschaften entstanden und soziale Errungenschaften wie Renten-, Krankenversicherungen und Arbeitsschutz wurden erkämpft.

Unterwerfung durch Technologie

Die neue Geschäftigkeit stellte neue Anforderungen an Verwaltung, Organisation und vor allem Effizienz. Eine von Herrmann Hollerith in den USA erfundene Maschine zur Erfassung und Verarbeitung durch Daten auf Lochkarten eröffnete Ende des 19. Jahrhunderts vollkommen neue Möglichkeiten. Das System erlangte eine De-facto-Monopolstellung in Industrie, öffentlichen Verwaltungen und überall sonst, wo Daten massenhaft erfasst und verarbeitet wurden. Das Zeitalter der Datenverarbeitung brach an und es dauerte nicht lange, bis wir in einem der dunkelsten Kapitel unserer Geschichte lernten, wie seine Schattenseiten aussehen.

Als 1933 das Regime Hitler an die Macht kam, standen Volkszählungen zur Erfassung der Bevölkerung mit vielen personenbezogenen Merkmalen ganz oben auf der Agenda. Für die Firma IBM, den Mutterkonzern der Deutschen Hollerith Maschinen GmbH (DEHOMAG), wurde die Kooperation mit den Nazis ein extrem lukratives Geschäft. Für die Nazis bedeutete sie vor allem, dass Herrschaft, Unterdrückung und Krieg in einer vollkommen neuartigen Dimension organisiert werden konnten. Überall dort, wo die Wehrmacht einmarschierte, wurden Lochkartenbestände erbeutet, Lochkarten, die aufgrund der weltweiten Monopolstellung der IBM kompatibel mit den deutschen Hollerithmaschinen waren. Während das Raubgold bei Dresdner und Deutscher Bank landete, fanden die Datenbestände ihren Weg in ein gigantisches Gelände in Berlin und wurden dort verarbeitet und ausgebeutet. Damals erdachte man sogar eine Riesendatenbank in einem runden Gebäude mit 25 Stockwerken à 12 Räumen, angeordnet wie Tortenstücke. 31 Aktenschränke pro Raum – ein Schrank für jeden

Tag jedes Monats eines Jahres. Hier sollte eine zentrale Datenbank entstehen mit sämtlichen, laufend aktualisierten Daten zu allen Bürgern, organisiert nach Geburtsdatum. Das bauliche Vorhaben wurde zwar nie umgesetzt, aber sein Geist lebt heute überall dort weiter, wo Daten in exponentiell wachsenden Datenbanken von privaten und staatlichen Akteuren, von Facebook bis NSA, gesammelt werden. Eben überall dort, wo man träumt von der totalen Übersicht.

Wer sich jemals gefragt hat, wie die Listen von zu vernichtenden Menschen entstanden waren, findet hier die Antwort auf diese Frage. Verknüpfungen von Informationen machten Millionen Menschen identifizierbar, ein wichtiger Baustein des Massenmords. Wieso ist dieser überaus wichtige Aspekt eigentlich nicht prominenter Teil des Geschichtsunterrichts? Noch dazu in Zeiten, in denen wir uns ständig fragen, ob es gut sein kann, dass wir – und allen voran unsere Kinder – unsere Daten überall hinterlassen, ohne zu wissen, was damit künftig passiert. Wir müssen ernsthaft darüber diskutieren, was wir von digitaler Technologie erwarten und was nicht.

Wunderland ist abgebrannt

Die zweite industrielle Revolution war damals schon in vollem Gang: Sie brachte elektrische Kommunikation und den Verbrennungsmotor als Grundlage für eine weitere Mobilität des Wissens, diesmal bis in unser Wohnzimmer. Aus Analogrechnern wurden dann Digitalrechner und innerhalb weniger Jahrzehnte bahnte sich an, was uns inzwischen täglich beschäftigt: die digitale Revolution. Mit der Digitalisierung kam die Möglichkeit, alles auf dieser Welt in Nullen und Einsen zu abstrahieren, die erfasst, ausgewertet, vervielfältigt, verknüpft und manipuliert werden können. Das mag banal und technokratisch klingen, verändert die Welt um uns herum aber fundamental.

In Kürze

Technologie ist seit je janusköpfig: Während der Buchdruck das Wahrheitsmonopol der Mächtigen aufbrach, erleichterten die Lochkartensysteme von IBM den Holocaust.

Das Internet ist inzwischen von einem Begegnungsort für freie Geister zu einem Kaufhaus mit Überwachungsapparat geworden.

Das hip-smarte Lebensgefühl gibt es nur im Austausch für Daten.

Wir brauchen dringend eine neue Aufklärung sowie grössere Weichenstellungen in Bildung und Politik. Während uns die Zeit davonläuft, stehen uns in Form von KI und Quantencomputing gewaltige Technologiesprünge bevor. (mm)

In diese Zeit wurde ich 1978 hineingeboren: eine Zeit absoluter Leichtigkeit und grosser Träume, die meine Eltern und der Grossteil ihrer Generation im Westen Europas nicht nur träumten, sondern lebten. Ich hatte grosses Glück: Mit 8 Jahren bekam ich einen Commodore C64 zu Weihnachten, lernte programmieren. 1994 kam der erste Internetanschluss ins Haus und mit ihm die Erkundung der Welt aus dem Arbeitszimmer meines Vaters heraus. Mitte der 1990er schien nichts unerreichbar, nichts unlernbar zu sein. Ich bin Kind einer Generation von Menschen, die früh in ihrem Leben nach den virtuellen Sternen greifen konnten. Das Internet eröffnete uns eine Welt ohne Grenzen, bevölkert von Menschen, die vor allem eins gemeinsam hatten: eine unbändige Neugier. Es war das Medium, das uns allen erlaubte, andere Menschen an entlegenen Orten der Welt kennenzulernen und eine ganz neue Form von sozialem Miteinander zu erleben. Es waren sehr unbeschwerte Jahre, Jahre, in denen der Möglichkeitsraum unendlich erschien.

Das Platzen der ersten Dotcom-Blase im März 2000 brachte eine Zäsur und bildete den Ausgangspunkt für ein Problem, das sich nun über fast 20 Jahre zu einer akuten Bedrohung von Demokratie, Frieden und Wohlstand für uns alle ausgewachsen hat. Die Dotcom-Blase platzte, weil das frühe Internet doch nicht so gewinnträchtig war wie spekuliert. Weil es Menschen wie mir eben nicht darum ging, schneller zu einem Produkt zu kommen, sondern näher bei anderen Menschen zu sein. Und dann ereignete sich ein Wechsel der Vorzeichen, der uns heute zum Verhängnis wird: Aus einer globalen Kommunikationsplattform wurde ein Ort des virtuellen Konsums bis zur Kommerzialisierung des sozialen Verhaltens. 2006 behauptete Clive Humby, ein englischer Mathematiker und Erfinder der Clubkarte des britischen Supermarktimperiums Tesco, Daten seien das neue Öl. 2005 hatten wir gerade «Peak Oil» erreicht und die Nachricht dürfte viele Hoffnungen geweckt haben: Endlich eine neue und unendliche Ressource, die wir ausbeuten konnten. Seitdem wird gesammelt, kommerziell wie staatlich. Aber ohne dass wir es wirklich hinterfragt hätten. Und ohne dass wir jemals ausführlich darüber debattiert hätten, was es bedeuten könnte, wenn ein Konzern heute ein ähnliches Geschäftsmodell entdeckt wie IBM in den 1930er Jahren.

Big Data: Der Mensch wird zum Rohstoff

So wurden all die wirklich wichtigen digitalen Innovationen der letzten Jahrzehnte mit einer komplett falschen Ausrichtung entwickelt oder relativ schnell in diese Richtung umgedreht. Soziale Netzwerke sind dafür das prägnanteste Beispiel. Die soziale Vernetzung der Menschen auf Grundlage eines weltweiten Netzwerks ist nicht nur logisch, sondern ganz sicher auch ein kritischer Bestandteil der Mission Mensch. Wir müssten dringend die Lücke schliessen zwischen uns und all den anderen; erkennen, dass wir zwar Individuen sind, aber trotzdem alle gemeinsam im Raumschiff Erde durch das Weltall rasen. Dass es kein wirkliches Entkommen gibt aus diesem Raumschiff und dass die Probleme

«Das Internet eröffnete uns eine Welt ohne Grenzen, bevölkert von Menschen, die vor allem eins gemeinsam hatten: eine unbändige Neugier.»

Daniel Domscheit-Berg

eines Teils seiner Mannschaft auch zwangsläufig alle anderen betreffen. Soziale Netzwerke sollten die Kommunikationsplattform dieses Raumschiffs sein, das Werkzeug, das uns auf der Brücke informiert über Probleme im Maschinenraum. Die empathische Verbindung unserer virtuellen Selbste. Stattdessen ertrinken wir in einer Mischung aus Werbung für das Bordrestaurant und den Travel Shop und einer Flut von Pseudonachrichten zu den neuesten Affären einiger Crewmitglieder, werden überflutet von Fake News und haben nie wirklich gelernt, in einer Welt mit so vielen vermeintlichen Wahrheiten klarzukommen.

Ein grosser Teil des Problems wird mittel- und langfristig sein, dass eine ganze Generation heranwächst, die von klein auf an die Skandalisierungsmetriken der heutigen Algorithmen gewöhnt sind. Denn auch das ist Fakt: Die Algorithmen um uns herum, die entwickelt wurden, um unsere Aufmerksamkeit über Plattformen an Werbekunden zu verkaufen, haben längst gelernt, wie wir auf niedrigstem Niveau ticken: Nichts ist so fesselnd wie schlechte Nachrichten, nichts bindet länger als Empörung, nichts verkauft sich so gut wie Wut. Und so tickt die Wutmaschine vor sich her, zieht uns in ihren Sog. Die schiere Unwürdigkeit eines Präsidenten Trump oder eines Premierministers Johnson sind ebenso einfacher Ausdruck dieser Entwicklung wie Hass, Missgunst, Frauenfeindlichkeit, Homophobie und Rassismus, die uns tagtäglich im Internet und darüber hinaus begegnen. «You get what you measure», heisst es ganz richtig. Das Internet, allen voran seine sozialen Komponenten, wird nach falschen Erfolgskriterien gemessen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden.

All dies ist kein Gesetz der Thermodynamik. Es gibt kein mathematisches Axiom, wonach diese Entwicklung so verlaufen muss. Wir haben alle dazu beigetragen, dass es so weit kam. Aber wir rebellieren nicht (ausreichend) dagegen. Die Politiker unter uns haben zugelassen, dass sich Monopole mit unvorstellbarer Macht gebildet haben und diese gegen uns alle einsetzen. Als Wähler haben wir diese Politik ermöglicht, als Konsumenten haben wir sie grossgemacht. Existierende Gesetze, die solche ungesunden Entwicklungen verhindern können, werden entweder nicht angewendet oder nicht an die Erfordernisse der digitalen Zeit angepasst. Wir sind zu bequem geworden – und vor allem zu beschäftigt. Die Langeweile und der Müssiggang wurden abgeschafft. Wir arbeiten uns halb tot, während Firmen wie «Dopamine Labs» und «Boundless Minds» im Hintergrund unsere Abhängigkeit vom Bildschirm optimieren. Es ist so viel einfacher und angenehmer, sich nach Feierabend durch das Angebot des Bordrestaurants zu blättern, anstatt sich mit den komplexen Fragen unserer Zeit oder dem Leid im Maschinenraum auseinanderzusetzen.

Nie war Aufklärung wichtiger als heute

Wir sind auch wieder zurück in einer Kirche und lauschen einer Messe, diesmal gelesen von den Facebook-Algorithmen. Geben uns zufrieden mit den Antworten, die wir dort bekommen – massgeschneidert für jeden von uns in seiner oder ihrer ganz persönlichen Filterblase. Wir leben in einer Zeit, in der die Gesellschaft so fragmentiert ist wie nie zuvor. Wir können uns nicht mehr verständigen auf die augenscheinlichen Realitäten dieser Welt, sondern existieren zunehmend isoliert voneinander. Was uns einmal zusammenbrachte, entzweit uns nun. Was uns solidarisieren sollte, treibt Keile zwischen uns. Wir wagen nicht mehr den Blick über den Tellerrand, strecken nicht mehr die Hand aus, ja wir haben nicht mal mehr die Zeit dafür. Viele sind gar nicht mehr interessiert an der Wahrheit: Sie wollen nicht wissen, sondern wieder glauben. In einer Welt alternativer Fakten ist das unendlich einfacher und bequemer. Wieso eigentlich? Ich bin aufgewachsen im Wissen, dass unsere Geschichte eine ganz andere sein kann. Ich verzweifle an dieser Welt. Und ich bin ja nicht allein damit.

Doch es gibt Auswege aus der Misere. Wir brauchen dringend eine Reform des Bildungssystems. In den Schulen und den Universitäten, aber auch für alle vermeintlich Ausgelernten. Aufklärung muss dabei ein so ganzheitliches Thema sein, wie unsere Probleme ganzheitliche Probleme sind. Jeder Mensch muss lernen, wie man Informationen überprüfen kann. Gestärkt und gefördert werden muss aber auch algorithmisches Denken, um einen kritischen Diskurs zu Algorithmen überhaupt zu ermöglichen. Und wir brauchen eine stärkere Ausbildung von Empathie und moralischen Werten, um der aktuellen digitalen Realität etwas entgegenzusetzen. Der Staat muss seine Samthandschuhe ausziehen, digitale Monopole zerschlagen und Infrastruktur dezentralisieren. Soziale Komponenten des Internets wie soziale

Netzwerke müssen als gemeinwohlorientierte Infrastruktur der digitalen Gesellschaft bereitgestellt und kommerzielle Netze zur Interoperabilität verpflichtet werden. Wir müssen auf Open Source, Open Hardware, offene Schnittstellen und offene Algorithmen setzen. Wir müssen der Komplexität unserer Zeit mit einer radikalen und systematischen Transparenz entgegentreten.

Nur wenn wir etwas durchschauen können, haben wir die Möglichkeit, es zu verstehen. Und wir müssen dringend digitale Dienste nach anderen Kriterien entwickeln. Statt solcher sozialer Innovationen, die das Gemeinwohl fördern, fördern wir selbst von staatlicher Seite viel zu oft nur kommerziell erfolgversprechende Modelle. Es braucht dafür eine Zeitenwende beim Selbstverständnis staatlicher Akteure: Nicht die zunehmende Ausnutzung der Schwächen technischer Systeme für Geheimdienste und Militär ist Aufgabe des Staates, sondern die Abschaffung dieser Schwächen durch Regulierung und sinnvolle Finanzierung von Forschung, Entwicklung und Innovation. Der aufgeklärte Mensch braucht verlässliche und vor allem überprüfbare Technologie, eine Haftung der Hersteller für Sicherheitslücken, die uns bedrohen und gegen uns verwendet werden können. Es braucht Offenlegungspflichten für solche Sicherheitslücken und eine harte Bestrafung für alle jene, die dagegen verstossen, staatlich wie privatwirtschaftlich.

Die Krux unserer Situation ist: Begonnen mit Luthers Gegenentwurf haben wir die Welt verlassen, in der wir die Entscheidungsverantwortung abgeben konnten. Eine kritische Masse von uns muss sich bereit erklären, auf neue Fragen auch neue Antworten zu finden und bessere Entscheidungen zu treffen. Nur dann sind wir überlebensfähig in einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaftsordnung. In den nächsten Jahren und wenigen Jahrzehnten wird die Digitalisierung erst richtig Fahrt aufnehmen, Schlüsseltechnologien wie künstliche Intelligenz und Quantencomputer werden alles verändern. Es gäbe grosse Fragen zu diskutieren und Weichen zu stellen. Die Zeit spielt ganz klar gegen uns. Wenn es jemals eine wirkliche Notwendigkeit für Aufklärung gab, dann hier und jetzt. ◀

Daniel Domscheit-Berg

ist ein deutscher Informatiker, ehemaliger Sprecher von WikiLeaks und Gründer von OpenLeaks. 2011 veröffentlichte er «Inside WikiLeaks: Meine Zeit bei der gefährlichsten Website der Welt» (Econ Verlag).

Liberal digital: vier Probleme, vier Lösungen

Wie der Liberalismus die Probleme der Digitalisierung beseitigen kann.

von Nicolas Zahn

Der Technooptimismus in liberalen Demokratien ist einem Technopessimismus gewichen: Mit einer Mischung aus Neid und Furcht blickt man auf autoritäre Systeme, die neue Technologien augenscheinlich konsequenter, vielleicht auch besser zu nutzen wissen. Die letzte Welle des technologischen Fortschrittes, oft zusammengefasst als digitale Transformation, scheint nicht nur Unternehmen, sondern auch Staaten vor Rätsel und Probleme zu stellen. Doch weder utopischer Technooptimismus noch paranoider Technopessimismus ist angebracht: Der Liberalismus enthält weiterhin die richtigen Rezepte für den erfolgreichen Umgang mit dem technologischen Fortschritt.

Wie Liberale bestens wissen, stellen Märkte, eingebettet in entsprechend gestaltete Institutionen, die Koordination zwischen verschiedenen Akteuren auf effiziente Weise sicher. Es ist der Rechtsstaat, der individuelle Freiheitsrechte von der Privatsphäre und Redefreiheit bis zur wirtschaftlichen Freiheit garantiert, womit die Rahmenbedingungen für Innovation und ein konstantes Hinterfragen des Hier und Jetzt zugunsten einer noch besseren Zukunft geschaffen werden – Meinungsfreiheit und Anreize für neue Ideen machen es möglich. Schliesslich setzen Liberale nicht alles auf eine Karte oder Person, sondern auf Dezentralisierung und Machtbegrenzung, um flexibel reagieren zu können und um Machtungleichgewichte möglichst zu verhindern.

Dennoch ist die Politik offenbar überfordert: Entweder vergessen die Politiker ihre liberalen Überzeugungen, oder sie wenden diese nicht konsequent auf die durch den technologischen Wandel geschaffenen neuen Herausforderungen an. Die überforderte Politik ist gut beraten, sich auf die Kernelemente des Liberalismus zu besinnen und diese konsequent im digitalen Kontext anzuwenden: erstens *die Rolle von Institutionen und Märkten*, zweitens *die individuellen Freiheitsrechte*, drittens *die Innovationsfähigkeit und das stete Hinterfragen des Status quo* sowie viertens *Machtbegrenzung und Dezentralisierung*. Diese vier Elemente legen den Grundstein für den bisherigen Erfolg liberaler

Systeme, gerade dann, wenn es um den Umgang mit technischem Fortschritt geht. Sie bilden nicht nur einen Rahmen für die Schaffung technischen Fortschritts, indem zum Beispiel Anreize für neue Erfindungen existieren, sondern sie stellen bei funktionierenden Institutionen auch sicher, dass der technische Fortschritt möglichst grossen Teilen der Gesellschaft nützt.

Nachfolgend werden die vier Probleme inklusive Lösungsansätze genauer ausgeführt:

I. Schritthalten mit der technischen Entwicklung

Problem: Der Gesetzgeber muss sich wie in einem Hamsterrad vorkommen: Kaum startet die Debatte über eine Technologie, ist sie auch schon wieder obsolet, weil sie sich weiterentwickelt hat. Das ist zwar kein neues Phänomen, doch die höhere Geschwindigkeit der Entwicklung und insbesondere der Verbreitung neuer Produkte und Dienstleistungen unterscheidet das digitale Zeitalter vom früheren technologischen Wandel. Da die Politik aber nicht tatenlos bleiben will, versucht sie, mit der Entwicklung schrittzuhalten, indem sie bei besonders aufsehenerregenden Konsequenzen des technologischen Wandels eine «Lösung» für den Einzelfall entwickelt, die dann aber oft nicht technologieneutral ist. So aber entsteht ein Flickenteppich, es kommt zu Regelkonflikten und -lücken. Gut zu beobachten war das bei der Diskussion um eine «Lex Booking», benannt nach der entsprechenden Online-Buchungsplattform, oder auch die verschiedenen «Uber»-Gesetzesvorschläge zur Regulierung von neuen Mobilitätslösungen in der letzten Legislaturperiode. Hier geht es um mehr als klassisches Lobbying von Interessengruppen, die ihr Geschäft durch neue Konkurrenz herausgefordert sehen und nach politischem Schutz rufen. In beiden Fällen wurden die neuen Akteure durch Technologien möglich gemacht und haben sich extrem schnell verbreitet und aufgrund teils sehr aggressiver Methoden auch für entsprechende Medienaufmerksamkeit gesorgt. Entsprechend sah sich die Politik zu reagieren genötigt.

Lösung: Fokus! Eine Besinnung auf liberale Kernelemente hilft, die richtige Frage zu finden. Es geht nämlich nicht um Schnellschüsse, sondern um die Frage, wie eine technische Entwicklung Märkte und Institutionen beeinflusst. Tendiert ein Geschäftsmodell beispielsweise zur Monopolbildung? Führt eine neue Technologie zur Entstehung neuer Arbeitsmodelle? Aus diesen Erkenntnissen lässt sich dann ableiten, wie die relevanten Institutionen – zum Beispiel das Wettbewerbsrecht oder die Sozialwerke – angepasst werden könnten. Nicht zu vergessen ist hierbei, dass Technologien oft einen Einfluss auf Transaktionskosten haben, weil sie beispielsweise die Koordination vereinfachen. So werfen sie auch die Frage des Verhältnisses zwischen Staat und privaten Akteuren auf, denn Transaktionskosten sind ein Haupttreiber des institutionellen Designs. Dank des technischen Fortschritts ist es also beispielsweise möglich, dass der Staat seine Dienstleistungen zu geringeren Kosten erbringen kann. Andererseits können Technologien die Transaktionskostenstruktur auch so ändern, dass eventuell andere Akteure plötzlich in einer besseren Position sind, gewisse Leistungen zu erbringen. Zusammenfassend muss sich die Politik fragen, was die grundlegende Veränderung neuer Technologieanwendungen ist, wie diese die Transaktionskostenstruktur ändern, und entsprechend überlegen, wie existierende Institutionen daran angepasst werden könnten.

II. Eine ganzheitliche Betrachtung

Problem: Eng zusammen mit Problem eins hängt Problem zwei: das Fehlen einer ganzheitlichen Betrachtung und stattdessen die Fokussierung auf einzelne Aspekte. Um die tatsächliche oder wahrgenommene Komplexität des technologischen Wandels zu reduzieren, erfolgt die Beurteilung und Planung von Entwicklungen anhand einfacher Kennzahlen oder einzelner Aspekte: So wird Technologie oft nur durch die Brille des Effizienz- oder Sicherheitsgewinns gesehen. Das blendet andere wichtige Aspekte aus, zum Beispiel die Frage, was politisch gewollt und demokratisch legitimiert sein kann. In der Diskussion um sogenannte Smart Cities beispielsweise wird der Nutzen von Technologien wie Sensoren oder Big-Data-Analysen oft unter dem Gesichtspunkt einer effizienteren Mobilität diskutiert. Mögliche Einschränkungen der Grundrechte, die dabei in der Bewegungsfreiheit oder beim Recht auf Privatsphäre entstehen, werden entweder gar nicht erst diskutiert oder dann mit Verweis auf die Effizienzgewinne abgetan. Es herrscht bei Anbietern, Anwendern und Regulatoren noch zu wenig Bewusstsein über die Auswirkungen von Technologien auf Grundrechte, weshalb Nutzen und Kosten auch nur unzureichend abgewogen werden können.

Lösung: Die individuellen Freiheitsrechte müssen bei der Diskussion um eine technologische Anwendung stets im Auge behalten werden. Dabei muss der Grundsatz gelten, dass die Anwendung neuer Technologien diese Rechte stärken statt unnötig einschränken sollte. Es bleibt etwa zu hoffen, dass liberale Stimmen

bei Fragen wie dem grossflächigen Einsatz von Gesichtserkennungssoftware oder der anlasslosen Massenüberwachung lauter und kritischer werden, als das heute der Fall ist. Auch der hochsensible Markt von Gesundheitsdaten ist ein Bereich, in dem es gilt, Vorteile der Datensammlung und -nutzung sorgfältig gegenüber den Auswirkungen auf Freiheitsrechte zu diskutieren.

III. Alte Rezepte

Problem: Beschliesst die Politik, im Umgang mit den Konsequenzen des technologischen Wandels aktiv zu werden, hat sie meist nicht nur einen falschen Fokus, sondern bedient sich auch veralteter Rezepte. Sie handelt dann so wie Firmen, die in Zeiten der digitalen Transformation ihr Businessmodell nicht hinterfragen. Ein Beispiel der vergangenen Legislaturperiode wären auf Schweizer Ebene die Netzsperrungen als Teil des revidierten Geldspielgesetzes oder auf europäischer Stufe die Einführung von Upload-Filtern. Beide Rezepte sind veraltet: Wenn einem etwas nicht gefällt, sperrt man einfach den Zugang dazu. Dieses Denken stammt aus einer anderen Epoche. Doch trotz Widerstand von Experten geniessen sie in der Politik hohes Ansehen. Das ist ein Problem.

Lösung: Nicht nur die Wirtschaft, auch die Politik sollte sich stets hinterfragen und wo nötig neu erfinden, um ihrem Auftrag gerecht zu werden. Politische Instrumente und Konzepte, die aus anderen Industrien und Epochen vertraut sind, müssen auf deren Wirksamkeit im neuen Kontext hinterfragt werden. Statt Wissenslücken durch vorgefertigte Positionen von Interessengruppen zu stopfen, darf auch in einem Milizpolitbetrieb ein Mindestmass an kritischem Denken und technologischer Neugier vorausgesetzt werden. Wie beeinflussen neue Technologien die politische Toolbox? Was funktioniert nicht mehr, was ist neu möglich? Liberale Stimmen dürfen hier auch lauter zum Experimentieren aufrufen. Wie könnte Technologie selbst einen Beitrag zu einem besseren Politbetrieb ermöglichen? Beispielsweise durch *Crowdsourcing* von Vernehmlassungsverfahren oder die Nutzung von *Regulatory Technology*, um die Erarbeitung und die Kosten der Umsetzung von Regulierungen in den Griff zu bekommen.

IV. Globales Schritthalten

Problem: Während sich die genannten drei Probleme relativ unabhängig vom politischen System stellen, stehen liberale Demokratien noch vor einer vierten Herausforderung: Sie kommen nämlich zunehmend unter Druck durch autoritäre Systeme, die den Eindruck erwecken, Technologien nicht nur besser kontrollieren und in die gewünschte Richtung fördern zu können, sondern dieses Know-how auch in andere Staaten exportieren zu können. Sie nagen somit am ohnehin etwas ramponierten Erfolgsumbus liberaler Gesellschaften. Entgegen dem anfänglichen Glauben, dass technologischer Wandel automatisch zu einer Demokratisierung führen müsse, scheint es, dass nichtliberale Systeme mindestens so gut, wenn nicht besser darin sind, neue Technologien zu entwickeln und zum Machterhalt- und -ausbau ein-

«Was wir oft als Stärke autoritärer Systeme wahrnehmen – etwa kurze Entscheidungswege und Technologieeinsatz zum Machterhalt –, maskiert lediglich die Schwäche solcher Systeme: die Angst vor dem freien Individuum.»

Nicolas Zahn

zusetzen. Das wohl klarste Beispiel hierfür stellt China dar, das mit Technologieprojekten wie dem Sozialkreditsystem intern um den Machterhalt kämpft, aber auch mit Strategien wie «Made in China 2025» einen globalen Anspruch anmeldet, wenn es um die Gestaltung internationaler Normen und Institutionen geht, zum Beispiel im Bereich künstliche Intelligenz.

Lösung: Technologien führen weder zu liberalen Demokratien noch zu autoritären Systemen. Westliche, bewährte Systeme mögen derzeit etwas langsam erscheinen, doch sie haben etwas, wovon autoritäre Systeme nur träumen können: Resilienz. Was wir oft als Stärke autoritärer Systeme wahrnehmen – etwa kurze Entscheidungswege und Technologieeinsatz zum Machterhalt –, maskiert lediglich die Schwäche solcher Systeme: die Angst vor dem freien Individuum. Für Bürger, die nicht zur relevanten Elite gehören, verliert ein autoritäres System, Wirtschaftswachstum hin oder her, auf lange Sicht die Attraktivität. Doch auch Systemgewinnler dürften aufgrund des fehlenden Rechtsstaates kaum ruhige Nächte verbringen. Dreht der Wind, kann ihre erlangte Position rasch wieder verlorengehen.

V. Fazit

Steht also alles zum Besten, weil sich liberale Demokratien im globalen Wettbewerb auf ihre höhere Attraktivität verlassen können? Nein, denn diese Attraktivität ist nicht gottgegeben. Sie muss immer wieder aktiv erarbeitet werden mittels einer aktiven Orientierung an den genannten Kernelementen. Und sie hat zugegebenermassen in der Vergangenheit gelitten, als die Kluft zwischen liberalem Anspruch und liberaler Realität grösser wurde: Individuelle Freiheitsrechte stehen aktuell bis weit in urliberale

Demokratien zur Debatte, oft geopfert auf dem Altar der Sicherheit oder der Effizienz. Unfreien Märkten und der Bildung von Monopolen wird nur widerwillig entgegengetreten. Zentrale Institutionen stehen von diversen Seiten unter Beschuss. Soll das liberale System seiner theoretischen Attraktivität gerecht werden, braucht es wieder ein überzeugtes Eintreten für die Kernelemente des Liberalismus, national, regional und international. Dann wird auch das globale Schritthalten keine unüberwindbare Herausforderung mehr sein. Denn wir wandeln uns vom Getriebenen zum Taktgeber.

Festzuhalten bleibt: Digitale Technologien eröffnen ungeahnte Möglichkeiten, die sowohl positiv, aber auch sehr negativ sein können. Gesellschaften und die Politik müssen sich deshalb von der Illusion lösen, dass der technologische Fortschritt gewissermassen per Autopilot Gutes bringt. Befürworter liberaler Demokratien sollten aber auch nicht zu pessimistisch sein, denn der Liberalismus behält weiterhin seinen Nutzen für das digitale Zeitalter. Um sicherzustellen, dass liberale Gesellschaften weiterhin an der Spitze des technologischen Fortschritts stehen und von ihm profitieren, benötigt es jedoch Kräfte, die sich im Angesicht der digitalen Transformation für liberale Kernelemente einsetzen: für freie Märkte und Institutionen, individuelle Freiheitsrechte, Innovationen und Dezentralisierung sowie Machtbegrenzung. ◀

Nicolas Zahn

ist Politikwissenschaftler, Mitgründer der Operation Libero und Business Consultant bei der ELCA Informatik AG in Lausanne.

«Ich rate, zum Kundenbedürfnis zurückzukehren»

Wenn grosse Unternehmen versuchen, ihre Komplexität zu reduzieren, stossen sie dabei an ihre eigenen Grenzen. Ein Gespräch über Organisationsprobleme, Aufklärung im Alltag und überregulierte Versicherungen.

Ronnie Grob trifft Thomas D. Meyer

Herr Meyer, der Begriff «Aufklärung» wirkt heute etwas altertümlich. Spricht man von der Erhellung der Zustände, sagt man meistens «Transparenz». Geht sie vielleicht manchmal auch zu weit?

Ich führe viele Gespräche über den Verlust der Privatsphäre, meiner Meinung nach wird sie nur schwer zu verteidigen sein. Alle Informationen, die man irgendwie mal verwendet hat, sind irgendwo verfügbar. Zugleich sind viele in sozialen Medien aktiv, ohne sich bewusst zu sein, dass sie sich auch öffentlich äussern. Mit der Verletzlichkeit, die daraus erfolgt, müssen wir uns auseinandersetzen.

Ist diese Haltung, dass ohnehin alles transparent ist oder wird, nicht ein wenig fatalistisch? Müssen wir im Sinne der Aufklärung nicht dagegen ankämpfen?

Die Erfahrung zeigt doch, dass sich Technologien, die ursprünglich als Bedrohungen wahrgenommen wurden, oft zum Guten und Nützlichen entwickeln: Schiffe zum Beispiel wurden für Eroberungen erfunden, heute nutzen wir sie zivil. Darüber hinaus haben wir mit China ein Beispiel vor Augen, das uns zeigt, wie sich ein Überwachungsstaat technischer Möglichkeiten bedient. Es wird aber auch in China entscheidend sein, ob die Masse der Individuen ein solches System als sinnvoll oder schädlich empfindet. Das Individuum und die Familie werden sich auch dort irgendwann gegen einen allzu übergriffigen Staat auflehnen.

China hat keine Aufklärung nach europäischem Vorbild durchlaufen; westliche, aufklärerische Werte sind dort eher fremd. Meine Befürchtung ist, dass ein Erfolg des chinesischen Modells auch bei uns zu Rufen nach einem Systemwechsel führen wird, zu Stimmen, die eine Abschaffung der Demokratie und eine Abkehr vom Individualismus fordern werden. Teilen Sie diese Bedenken?

Diese Befürchtung teile ich durchaus. Die direkte Demokratie, wie sie in der Schweiz gepflegt wird, halte ich trotz all ihrer Mängel für eine grosse Errungenschaft. Wir sollten sie in die Welt hin-

austragen und propagieren. Womöglich ist die Technologie auch eine Chance: Virtueller liesse sich doch eine riesige Schweiz aufbauen!

Die Digitalisierung hat einen massiven Strukturwandel ausgelöst, was zu einer immer komplexer werdenden Realität führt.

Viele Probleme lassen sich nicht mehr innerhalb von Unternehmensgrenzen lösen. Denn die Wertschöpfungsketten gehen darüber hinaus und werden immer komplexer. Bei der Konzernverantwortungsinitiative wird uns das noch bewusst werden: Obwohl ich aus ethischen Gründen die Anliegen der Initiative verstehe, halte ich sie praktisch für schlicht nicht umsetzbar und brandgefährlich.

Sie versuchen, diese Komplexität für Ihre Kunden in den Griff zu bekommen.

Wir helfen ihnen, unternehmensübergreifende Kollaboration zu orchestrieren. Unternehmen treffen sich bei uns mit ihren Abnehmern, Zulieferern und Kunden, wir fördern dann den Austausch zwischen diesen Parteien.

Und wer bezahlt die Rechnung?

Jene Partei, die ökonomisch den grössten Nutzen aus der Übung ziehen kann.

Was melden Ihre Kunden zurück, welche Probleme belasten sie?

Die Zusammenarbeit über Unternehmensgrenzen ist für bestimmte Branchen ein neues Thema. Viele neue Probleme entstehen im Zusammenspiel von Internet und Sicherheit. Auch die Frage «Wie bringe ich die Masse von Daten in einen sinnvollen Kontext?» stellt sich uns häufig.

Die Digitalisierung hat in relativ kurzer Zeit sehr viel geändert.

Die Digitalisierung ist ja seit der Erfindung des kommerziellen Computers in den 1950er Jahren in Gang: Wissen, Informatio-



«Viele Probleme lassen sich nicht mehr innerhalb von Unternehmensgrenzen lösen.»

Thomas D. Meyer

Thomas D. Meyer, zvg.

«In einem von uns entwickelten Disruptivindex zeigte sich, dass die Versicherungsbranche, insbesondere in der Schweiz, relativ resistent ist gegenüber Veränderungen. Die Branche hätte eindeutig mehr Transparenz und Übersicht nötig.»

Thomas D. Meyer

nen, auch Brands sind heute allgemein und global verfügbar. Der Konsument ist viel stärker auf seine eigenen Bedürfnisse ausgerichtet, seine Erwartungshaltung richtet sich nach den Erfahrungen mit globalen Brands. Dennoch verfolgen viele Branchen einen produktgetriebenen Ansatz: Ein Produkt wird erfunden, worauf eine Vertriebsmannschaft beauftragt wird, es in den Markt zu drücken und möglichst vielen Leuten zu verkaufen. Schaut man sich jedoch Beispiele wie Airbnb, Uber, Amazon und andere an, so bemerkt man, dass der Konsument dort wie aus einem grossen Teich genau jene Dinge herausfischen kann, die er eigentlich haben möchte. Die Angebote im Teich werden sogar immer besser, weil ihm nur noch Dinge angeboten werden, die er wahrscheinlich auch mag. Dieser Wandel, dieser Umbruch verändert die Erwartungshaltung des Konsumenten und bedroht die klassischen Geschäftsmodelle. Ich rate, zum Kundenbedürfnis zurückzukehren, der eigentlichen «Raison d'être» eines Unternehmers.

Die Herkunft eines Produkts interessiert viele Konsumenten nur noch wenig, sie nutzen die Dienste von Marken, die ihnen bekannt sind. Wie sieht das bei den Versicherungen aus, sind dort ebenfalls Trends

zur Internationalisierung sichtbar? Gibt es eine europäische oder eine internationale Versicherung?

Nein, das gibt es nicht wirklich. Versicherungen unterstehen jeweils nur einer lokalen, nationalen Regulierungsbehörde, was der Versicherungsbranche – «the regulator is our friend» – in die Hände spielt. Auch die europäische Versicherung ist da keine wirkliche Ausnahme. Da das Mass an Regulierungen sich je nach Land stark unterscheidet, ist es nicht einfach, ein globales, klassisches Versicherungsprodukt anzubieten. Auch in unserer aufklärten Welt gibt es eben Prozesse, die im Verdeckten abgewickelt werden. Das zu verhindern, hat selbst die EU nicht geschafft.

Mangelt es an Innovation in der Versicherungsbranche?

Sie lebt von einer relativ hohen Intransparenz bezüglich des eigenen Risikos und dessen Abdeckung. In einem von uns entwickelten Disruptivindex zeigte sich, dass die Versicherungsbranche durch die starke Regulierung, insbesondere in der Schweiz, relativ resistent ist gegenüber Veränderungen. Die Branche hätte eindeutig mehr Transparenz und Übersicht nötig. Dienste wie Comparis ermöglichen zwar den Vergleich der Preise, nicht aber wirklich den Vergleich der Versicherungsleistungen. Auch Comparis lebt

vom klassischen Geschäftsmodell und dem Abschluss von Versicherungspolice – sie erhalten nämlich bei der Vermittlung eine Kommission.

Die Konsumenten zahlen also zu viel. Und sie tun nichts, um das zu ändern.

Es denkt eben niemand oft über Versicherungen nach. Und die Versicherungsbranche hat kein Interesse daran, Transparenz zu schaffen. Im Ursprung mag die Sozialisierung von Risiko ein guter Gedanke gewesen sein; heute aber sind wir in vielen Bereichen doppelt oder dreifach versichert. Und die Prämieinnahmen der Versicherungen sind heute oft signifikant höher als deren Ausgaben; das war früher nicht der Fall, im Gegenteil. Versicherungen waren nur profitabel, weil sie ihr Geld mit Profit anlegen konnten.

Accenture ist eine weltweite Unternehmensberatung mit rund 450 000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von über 40 Milliarden Franken. Der Accenture-Aktienkurs hat sich in den letzten zehn Jahren verfünffacht. Was ist das Erfolgsgeheimnis von Accenture?

Unser einziger Produktionsfaktor sind Menschen, unsere Mitarbeiter. Offenbar gesteht uns der Markt zu, dass wir diese Menschen in produktiver Art zum Nutzen unserer Klienten zusammenbringen können. Wir haben uns aber nicht der Digitalisierung, sondern der Innovation verschrieben. Immerhin haben dank dem omnipräsenten Stichwort «Digitalisierung» zahlreiche Geschäftsleitungen begriffen, dass man sich mit Themen der Innovation auseinandersetzen muss. Sie haben verstanden, dass sich derartige Probleme heute nicht mehr einfach an einen internen Chief Digital Officer delegieren lassen. Man muss die Themen auch selbst verstehen.

Sie beschäftigen sich auch mit «Design Thinking». Was ist das?

Dieser Begriff hat sich vor rund zehn Jahren durchgesetzt. Für mich funktioniert «Design Thinking» so: Man hat eine Problemstellung, die man in Gruppen erläutert, modelliert und in der Realität testet. In einem kollaborativen Ansatz versucht man das Problem mit allen Beteiligten möglichst genau durchzudenken und Szenarien zu entwickeln, damit die Erfolgswahrscheinlichkeit der Lösung steigt und durch die Mitarbeit diverser Parteien gut abgesichert ist. Die Ergebnisse sind oftmals greifbar, vielleicht kommt sogar ein Prototyp dabei raus. Mit modernen Technologien wie «Augmented Reality» lässt sich das natürlich schön darstellen. Eine solche Visualisierung ist ein konkreter, handfester Ansatz für die Formulierung einer Unternehmensstrategie für die Zukunft. Natürlich funktioniert es auch noch immer mit Legobausteinen.

Was für Tips können Sie einem Unternehmer mit Organisationsproblemen mitgeben?

Viele suchen bei Problemen einen Schuldigen, einen Sündenbock, sie externalisieren die Verantwortung: Schuld sind die Lieferan-

ten, die Kunden, die Umwelt, die bösen Chinesen oder Amerikaner, die Konkurrenz, der Schweizer Franken und so weiter. Besser hinterfragt man sich selbst: Sind unsere Dienstleistungen noch relevant? Treffen wir überhaupt noch das Kundenbedürfnis?

Welche anderen Fehler geschehen häufig?

Es kommen Klienten zu uns, die sagen: «Ich möchte eine agile Organisation.» Wenn ich dann nachfrage, wieso, höre ich, dass alle Konkurrenten eine agile Organisation hätten. Hier widerspreche ich: Eine Firma braucht doch nur dann eine agilere Organisation, wenn sie so einen Mehrwert stiften kann. Nur weil es alle anderen tun und englische Wörter wie «agile» aktuell im Trend sind, heisst das nicht zwingend, dass das auch meine Firma braucht.

Es sind fast immer etablierte Unternehmen, die bei Ihnen eine Reduktion von Komplexität nachfragen. Denn Start-ups konnten komplizierte Strukturen ja gar noch nicht erarbeiten.

Wir beobachten die Start-up-Szene natürlich und überlegen uns – Stichwort «Open Innovation» –, welche Elemente auch etablierte Unternehmen übernehmen könnten. Start-ups sollte man nicht unterbewerten, aber auch nicht überbewerten: Viele werden finanziell unterstützt und beenden ihre Mission nach drei Jahren, ohne einen nennenswerten Erfolg zu verzeichnen. So gesehen fühle ich mich nicht unwohl, dass ich grossen, etablierten Unternehmen helfe, wettbewerbsfähig zu bleiben. Sie tragen eine grosse gesellschaftliche Verantwortung. <

Thomas D. Meyer

ist Senior Country Managing Director von Accenture Schweiz. Seine Beratungstätigkeit widmet sich heute vor allem der Konzeption, Planung und Implementierung neuer Geschäftsmodelle und veränderter Geschäftsprozesse. Sein Industrieschwerpunkt ist seit mehr als 25 Jahren die Versicherungsbranche.

Ronnie Grob

ist Chefredaktor dieser Zeitschrift.